

Zeitschrift: Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau

Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

Band: 58 (1946)

Artikel: Geschichte der Stadt Klingnau 1239-1939

Autor: Mittler, Otto

Kapitel: IV: Die neueste Zeit

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-57356>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IV. Die neueste Zeit

I. Jahre politischer Neuerungen.

Vorspiel.

Wie fast überall in der aargauischen Landschaft, hatte man auch zu Klingnau für die von Frankreich her verkündeten Ideen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wenig Verständnis. Die Gemeinde erfreute sich ja weitgehender Selbständigkeit und verlangte kaum nach Änderung. Die Bindung an den geistlichen Stadtherrn war ein weiterer Grund, altes Herkommen nicht leicht hin den Gefahren des Umsturzes zu opfern. Wusste man doch, daß in einem solchen gerade die Kirche zu Schaden kam. Es ist darum zu Klingnau in der Franzosenzeit sozusagen nichts von einer freigeistigen Auflehnung gegen Bischof und Kirche zu erkennen. Die aus Frankreich herüberdringende Kunde von den Schrecken der Revolution brachte Ernüchterung selbst jenen Gemütern, die an sich für politische Unruhen empfänglich waren.

Ein Vorspiel kommender Verwicklungen erlebte man übrigens als Zeuge kriegerischer Vorgänge in der deutsch-österreichischen Nachbarschaft. Die Franzosen waren siegreich in Süddeutschland eingedrungen. Vor ihnen räumten die Österreicher das Fricktal und den

-
17. Sebastian Ruggensberger um 1523.
 18. Johans Nöttlich 1526 bis 1540.
 19. Martin Plälin 1543 bis 1548.
 20. Georg Häggerlin vor 1562?
 21. Hans Pforr 1562, 1564.
 22. Konrad Schmidli 1568 bis 1591.
 23. Heinrich Meringer 1601 bis 1609 †.
 24. Abraham Remigius 1609 bis 1618.
 25. Johannes Bannwart 1623 bis 1627.
 26. Matthaeus Deck, Administrator, 1635.
 27. Beat Jakob Meyer 1635 bis 1654 †.
 28. Johann Jakob Keller von Döttingen 1654 bis 1677 †.
 29. Paul Kolin von Zug 1677 bis 1685, † 1704?
 30. Ludwig Denzler 1688 bis 1709.
 31. Rheinald Roodt 1720 bis 1721.
 32. Benedikt Pfister von Klingnau 1721 bis 1726. •

Schwarzwald. 1796 besetzten französische Truppen Säckingen und Lauenburg. Dogern ging bei ihrer Ankunft in Flammen auf. Waldshut errichtete in Eile einen Freiheitsbaum, wurde aber trotzdem geplündert, während sein Bürgermeister Hilfe bei der Eidgenossenschaft suchte. Die am Rhein gelegenen Gebiete der Grafschaft Baden gerieten damit unmittelbar in Gefahr. Täglich kamen kleine Grenzverletzungen vor, was die drei regierenden Stände, zumal die auch dem Fricktal benachbarten Berner mit Sorge erfüllte. Der letzte Badener Landvogt, Hans von Reinhart aus Zürich, bot vorerst die Miliz der Grafschaft auf. Im Herbst wurden die ungenügend besetzten Wachtposten Berner Truppen übergeben, die starke Kontingente nach Zürzach, Klingnau und ins Amt Leuggern legten.

Im Schwarzwald hatte, als die Revolutionsheere nahten, eine Flucht besonders der geistlichen Körperschaften in die Schweiz eingesetzt. Klingnau war dabei in bedeutendem Maße in Anspruch genommen. Das Kloster Säckingen hatte schon 1792 den Kirchenschatz und einen Teil des Archivs in die Gewölbe des bischöflichen Schlosses verbracht. Die darüber zwischen dem Frauenstift und dem Klingnauer Obervogt geführten Korrespondenzen zeigen, daß die säckingischen Umtsleute immer wieder genötigt waren, in Klingnau Urkunden und Aktenstücke zu konsultieren oder Wertsachen zu sofortiger Verwendung abzuholen. Die Abtei St. Blasien hatte in der Propstei und in Sion, hier besonders das klösterliche Seminar, Unterkunft gefunden, während die Konventualen auf verschiedene Stifte, so auch auf Muri, verteilt waren und die Benediktinerinnen aus dem Schwarzwaldkloster Berau in der Propstei Wislikofen ein Asyl erhielten. Über fünf Jahre beließ Säckingen seine Schätze im Schloß Klingnau, das 1794 auch als Hort für st. blasianisches Klostergut benutzt worden war. Deshalb sprach der berühmte Mönch und Gelehrte Trudpert Neugart dem Obervogt von Schmid für die freundliche Bereitsstellung von Schloßräumen den Dank der Abtei aus.¹

Alle diese Flüchtlinge hegten begreiflicherweise eine revolutionsfeindliche Einstellung und übertrugen sie auf die schweizerische Grenzbevölkerung. Darin war diese zu Stadt und Land sich einig: Man wünschte keine Gemeinschaft mit den Jakobinern! Wir vernehmen aus den Akten nichts darüber, daß im untern Aaretal etwa wie im bernischen Aargau französische Agenten für die Revolutionsideen ge-

¹ Sta. Klingnau, Akten Emigranten.

worben hätten. Sie würden kaum williges Gehör gefunden haben. Von der Bildung einer Patriotenpartei, wie sie in Aarau entstand, ist schon gar nicht die Rede. Nicht einmal in Baden konnte eine solche Fuß fassen, trotzdem dort die Gelegenheit zu politischen Aspirationen günstig war.

Gegenüber den regierenden Ständen Zürich, Bern und Glarus beobachtete man eine loyale Haltung und versicherte sie der Treue, als französische Heere die bernische Grenze überschritten. In der Stadt Baden begann sich freilich mehr und mehr die Opposition zu regen. Mit dem Fall von Bern am 5. März 1798 brach eine eigentliche Panikstimmung aus. Die deutschen Emigranten waren vorher schon in ihre Heimat weggezogen und hatten die geflüchteten Sachen zurückgeholt. Nun war es an den geistlichen Stiften südlich des Rheins, um ihre Kirchenschätze zu bangen und sie in Sicherheit zu bringen, was aber nur zum kleinen Teil gelang, da die neuen Machthaber sofort ein Verbot dagegen erließen.

Einführung der helvetischen Verfassung.

Am 12. April 1798 erklärte eine Versammlung der Deputierten aus zehn Kantonen zu Aarau die von Frankreich übernommene, für die unterworfenen Schweiz zurecht gestützte Verfassung in Kraft. Damit wurden alle überlieferten Rechtsverhältnisse und Bundesordnungen über den Haufen geworfen. An die Stelle der früheren Zersplitterung trat die eine und unteilbare helvetische Republik, ein straff gefügtes, zentralistisch geleitetes Staatswesen. Eine lückenlos organisierte Beamtenhierarchie war bestimmt, die Politik und Verwaltung des Ganzen wie der einzelnen Gebiete zu beherrschen.

Rasch brach das alte Regiment zusammen. Schon am 19. März hatten die regierenden Stände die Grafschaft Baden in aller Form aus der Untertanenschaft entlassen. Die Landvogtei wurde darnach aufgehoben und durch eine provisorische, aus acht Mitgliedern bestehende Regierungskommission von Stadt und Landschaft Baden ersetzt.

In dieser Behörde saß auch der Klingnauer Untervogt Joseph Häfelin, einer der aktivsten Verfechter des neuen Systems. Als Untervogt hatte er einst die Rechte der Grafschaftsregierung wahren müssen und war dabei auch etwa mit den Stadtbehörden zu Klingnau in Konflikt geraten. So hatte er das Recht beansprucht, an den Sitzungen des Rats und des Gerichts teilzunehmen. 1788 wollte ihn der

bischöfliche Obervogt nur in Strafsachen zulassen. Das Syndikat der regierenden Stände entschied aber 1791, daß der Untervogt bei allen niedergerichtlichen Handlungen zugegen sein müsse.²

Als 1796 die Berner Truppen die Grenze besetzten, sorgte Häfelin für deren Unterkunft in den Ämtern Leuggern und Klingnau. Beim Umsturz nahm er, der in seiner Korrespondenz eine ziemlich gewandte Feder führte, für die Neuerung Partei und wurde als Senator in die oberste gesetzgebende Behörde des Landes abgeordnet. Hier hat er sich immer wieder für die Interessen der engen Heimat eingesetzt. Von einer eigentlich revolutionären Gesinnung und Einstellung ist auch bei ihm nicht viel zu verspüren. So sprach er in der großen Debatte der gesetzgebenden Räte über den Zehnten am 24. VIII. 1798 für deren Beibehaltung und erklärte, daß diese wie die Grundzinsen seit grauem Altertum als rechtmäßiger Besitz anzusehen seien, und daß durch deren Beseitigung gerade arme Anstalten und Spitäler aufs stärkste geschädigt würden. Bei dieser Rede, die im Senat kaum großen Anklang fand, mögen ihm gerade Klingnauer Verhältnisse vorgeschwobt haben. Im Juli desselben Jahres reichte er eine Bittschrift an das Direktorium ein zugunsten des Klosters Wurmsbach bei Rapperswil, dessen Äbtissin Maria Rosa Romana Schleuniger aus Klingnau stammte. Sein Bemühen, dem Kloster die entwendeten Effekten und das besonders von Rapperswil beschlagnahmte Eigentum zurückzugeben, hatte Erfolg.³

Nach einem ersten helvetischen Verfassungsentwurf hätte die Grafschaft Baden mit dem Freiamt zum Kt. Zug geschlagen werden sollen. Es ist hier nicht der Ort, die Widerstände und Kämpfe gegen dieses Projekt darzulegen. Sie endeten mit der Schaffung des Kantons Baden, der aus der ehemaligen Grafschaft und den freien Ämtern zusammengesetzt war. Im Mai 1798 konstituierten sich die Behörden. Baden wurde Kantonshauptort. Als Regierungsstatthalter amtete Heinrich Weber von Bremgarten. Die fünf Distrikte oder Bezirke Baden, Bremgarten, Muri, Sarmenstorf und Zurzach erhielten Unterstatthalter. In Zurzach fungierte als solcher Abraham Welti. Den Unterstatthaltern waren in den Gemeinden Agenten unterstellt, denen bisweilen auch mehrere Ortschaften zugeteilt waren.

Der Klingnauer Agent Heer war auch in Döttingen und Kob-

² St. A. Aargau, Akten 2790.

³ Stridler, Actensammlung zur Helvetik II, 541 f.

lenz zuständig. Nach dem ersten Entwurf des helvetischen Gesetzes über das Gemeindewesen hatte der «Agent du prefect» ungewöhnliche Vollmachten erhalten. Er war der eigentliche Regierungsvertreter in der Gemeinde, der über alles zu wachen und alles zu leiten hatte. Er führte den Vorsitz in der Gemeindeversammlung und sollte auch den Präsidenten der Gemeindevorstände ernennen, deren Sitzungen beizwohnen und die Beeidigung aller Funktionäre vornehmen. Nach einer Weisung des helvetischen Justizministers sollte der Agent in allem, was in der Gemeinde vorging, sich genau unterrichten und alle 14 Tage dem Unterstatthalter des Bezirks darüber Bericht erstatten. Es sei dies ein wichtiges Mittel zur Überwachung der Bürger wie der Funktionäre. Es gebe noch zwei Klassen von Bürgern, die Feinde der öffentlichen Ordnung seien: Jene, die im offenen Gegensatz zur neuen Ordnung ständen, und jene, die im Übereifer die Schranken der Verfassung unter dem Scheine des Patriotismus überschreiten und Verwirrung stiften. Gegen beide Extreme müsse man sich wappnen.

Diesen Agenten setzten die Bürger bald Widerstand entgegen. Sie ließen an manchen Orten die alten Gemeinderäte weiter bestehen oder ernannten von sich aus sogenannte Munizipalitäten, von denen in der helvetischen Verfassung gar nicht die Rede war. Vielfach kam es dann zu einer Stockung des Geschäftsganges, wofür man die Eifersüchteleien zwischen dem Agenten und der Munizipalität verantwortlich machte. Der Agent wurde bald als Spion der Regierung, bald als eine Art Weibel betrachtet. Darum regte man an, es möchte der Präsident der Munizipalität auch die Funktion des Agenten übernehmen. Zu Klingnau übte Agent Heer noch im Herbst 1802 seine Funktionen aus. Immerhin geschah dies selten. Auch den Sitzungen der Munizipalität scheint er meist nicht beigewohnt zu haben. Die Protokolle nehmen wenigstens keine Notiz davon. Im wesentlichen mag sich seine Tätigkeit auf die Rapporte an die Oberbehörden und auf die Entgegennahme von deren Befehlen beschränkt haben.⁴

Neuordnung in Klingnau.

Um die Zeit des 20. März, noch bevor der Kanton Baden konstituiert war, wurde zu Klingnau in einem behördlich gebotenen

⁴ Stridler, Actensammlung II, 649, XI, 263.

Volksfeste der Freiheitsbaum aufgerichtet. Amtliche Berichte sind darüber nicht vorhanden. Die notwendigen Verfügungen wird der Agent Heer getroffen haben. Der alte Stadtrat funktionierte nicht mehr. Die Munizipalität sollte durch die kantonale Verwaltungskammer ernannt werden. Doch wurde diese selber erst am 21. Mai gewählt. So lange wollte man in Klingnau nicht warten. Schon am 2. April wählte deshalb die „Urversammlung“ der Bürger eine provisorische Munizipalität. Ihr gehörten an als Präsident Joseph Häfelin, Mitglied der provisorischen Regierungskommission in Baden, als Vizepräsident Amtmann Anton Schleiniger und als Munizipalräte Johannes Schleiniger, Gregor Häfelin, Doktor Wagner und Engelwirt Joseph Steigmeyer. Von ihnen hatten vor dem Umsturz drei im Kleinen und zwei im Großen Rat gesessen. Hinzu kamen noch drei weitere Mitglieder aus der Bürgerschaft, Maderi Wenge, Fidel Heer und Coelestin Schleiniger. Stadtschreiber Schleiniger übernahm das Amt des Aktuars, Coelestin Steigmeyer dasjenige des Munizipaldieners, der den ehemaligen Stadtnecht abzulösen hatte. Schon am 12. April wurde Joseph Häfelin in den helvetischen Senat gewählt und schied aus der Klingnauer Behörde aus. An seine Stelle rückte Anton Schleiniger vor, der wiederum durch den Rebstockwirt Fidel Lorenz als Vizepräsident ersetzt wurde.⁵

Wie die vorstehende Liste zeigt, sind etwa zur Hälfte Mitglieder der alten Stadträte in die neue Behörde herübergenommen worden. Von einem revolutionären Bruch mit der Vergangenheit kann also nicht die Rede sein. Dem bischöflichen Obervogt, Junker Johann Martin von Schmid, stellte die Gemeinde am 25. April das Zeugnis aus, daß er seit der Annahme der neuen Konstitution nie gegen diese

⁵ Die Protokolle der Munizipalität und des 1799 während der Unwesenheit der Österreicher wiederum amtenden alten Stadtrates sind ungleich und lückenhaft geführt worden, zum Teil nur im Konzept erhalten, und für einzelne Zeitabschnitte fehlen sie ganz. Dies hängt nicht nur mit dem mehrfachen Wechsel der Behörden, sondern auch mit dem Streit um die Auslieferung der Kanzleiaktten zusammen, von dem noch die Rede sein wird. Im folgenden wird darauf verzichtet, die einzelnen Belegstellen aus den Rats-, Munizipalitäts- und Gemeindeversammlungsprotokollen gesondert aufzuführen, da sie mit den Datierungen im Stadtarchiv leicht aufzufinden sind. — Für die allgemeinen Zusammenhänge sei hier hingewiesen auf J. Dierauers klassische Darstellung in seiner Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft Bd. V, auf Wilhelm Oechsli, Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert Bd. I, R. Leuthold, Der Kanton Baden 1798 bis 1803. Arg. 46 und K. Schib, Kaiserstuhl während der franzosenzeit.

geredet oder gehandelt habe. Das Verhältnis der Munizipalität zur Pfarrgeistlichkeit war gleichfalls durchaus positiv. So gab die Stadtbehörde Anweisung, daß der Tag der Kreuzauffindung (3. Mai) wie früher feierlich mit Gottesdienst und einer nachmittäglichen Prozession zu begehen sei.

Die definitive Bestellung der Munizipalität erfolgte am 6. August durch die Verwaltungskammer Baden und wurde eine Woche später in Klingnau der Gemeindeversammlung bekanntgegeben. Die neue Stadtbehörde zählte nun nur noch fünf statt neun Mitglieder. Präsident wurde der frühere Munizipaldiener Coelestin Steigmeyer. Neben die früheren Räte Gregor Häfelin und Joseph Steigmeyer traten als neue der Kupferschmied Xaver Wenge und Mathes Eggspühler. Zum Sekretär wurde Roman Schleiniger, zum Weibel Gregor Häfele ernannt.

Der von oben befohlenen Radikalisierung hatten verschiedene Maßnahmen zu dienen. Auf Anordnung des Direktoriums mußte der in der Verfassung vorgesehene Bürgereid geleistet werden. Der Anlaß sollte sich in der Art eines Volksfestes abspielen. Wenn das Wetter es erlaubte, sollten alle Bürger unter freiem Himmel sich beim Freiheitsbaum versammeln. Die Obrigkeiten mußten sich in feierlichem Zuge dorthin begeben. Kriegerische Musik, patriotische, helvetische und französische Lieder sollten den Akt einrahmen. Vor der Eidesleistung hatte der Agent eine Rede zu halten, die von Minister Stapher entworfen und den Gemeinden zugestellt worden war. Im Distrikt Zurzach fanden die Feiern in der Zeit vom 19. bis 26. August statt.⁶

Die Verwaltungskammer ordnete im Auftrag des Direktoriums eine Inventuraufnahme der geistlichen Stifte an, die nach dem Willen der gesetzgebenden Räte säkularisiert werden sollten. Die Feststellung von Vermögen erstreckte sich aber auch auf die weltlichen Korporationen. So mußte die Munizipalität in Klingnau am 17. September Rechenschaft ablegen über die beiden Zünfte der Schuhmacher und Schreiner, die Schützengesellschaft, die Gesellschaften der Fischer, Fuhrleute und „Jungen Knaben“. Von ihnen besaß einzig die Schützengesellschaft Vermögen, und zwar das von ihr auf eigene Kosten errichtete Schützenhaus, während die laufenden Ausgaben teilweise durch alljährliche bescheidene Beiträge der regierenden Orte, des Bi-

⁶ Strickler, Actensammlung II, 602, 794.

schofs, der Stadt, des Pfarrers und des Klosters Sion gedeckt worden waren.

Zur Liquidation von Einrichtungen der Vergangenheit verlangte die Verwaltungskammer weitere Berichte und Materialien aus Klingnau. Karten, Pläne und Handrisse über die Grundbesitzverhältnisse und Liegenschaften fanden sich zwar nicht vor. Dagegen meldete die Behörde, daß das Kaufhaus vom Mütt $\frac{1}{2}$ Immi⁷ als Hauslohn zuhanden der Gemeinde beziehe. Wochenmarkt werde jeden Dienstag auf Grund der obrigkeitlichen Bewilligung vom 10. Februar 1627 gehalten. Er sei in den letzten Jahren zurückgegangen, weil das Amt Leuggern Getreide, Butter und Eier nach Waldshut, also in österreichisches Land, zum Verkaufe bringe. Die drei Jahrmarkte würden an Conradi (26. November, also am Tage nach dem Patrozinium der Stadtkirche), am Kindltag (28. Dezember) und an St. Josef (19. März) gehalten. Am Viehmarkt beziehe die Stadt den Pfundzoll, für das Stück Großvieh und für ein fettes Schwein je einen Batzen, für ein Faselschwein einen Heller nebst dem üblichen Standgeld, insgesamt jährlich 9 bis 10 Gulden. Früher habe sich zu Klingnau beim Schloß auch eine Schiffslände befunden. Die Stadt besitze eigenes Maß und Gewicht, das auch zu Döttingen, Tegerfelden, Endingen, Lengnau, Würenlingen, Baldingen, Mellikon, Zurzach, Rietheim, Koblenz und im Amt Leuggern in Gebrauch stehe. Die Metzgereien seien Eigentum der Stadt und würden jährlich um 12 Gulden den Metzgern verliehen. Ähnlich verhalte es sich mit der Bäckerei. An Tavernen werden Rebstock, Elefant und Engel genannt.

F r e m d e T r u p p e n .

Der Kanton Baden wurde infolge seiner Grenz- und Durchgangslage besonders stark von den Einquartierungen betroffen. Während aber Mellingen und Baden schon im Mai 1798 über allzu große Belastung mit Truppen sich beklagten, zogen in Klingnau erst am 22. Oktober 246 Franzosen ein und bereiteten sich zur Überwinterung vor. Wie man die Mannschaft unterbringen sollte, verursachte einiges Kopfzerbrechen. Agent Heer und Präsident Steigmeyer wurden beauftragt, mit dem Unterstatthalter Welti in Zurzach darüber zu ver-

⁷ Immi ist die übliche Bezeichnung für die Getreideabgabe gewesen, als Maß der 10. Teil eines Viertels (15–20 Liter), dieses $\frac{1}{4}$ des Mütts (ca. 60–80 Liter, je nach der Zeit).

handeln, ob man sie nicht besser kasernieren, in erster Linie in die Klöster oder andere öffentliche Gebäude einweisen könnte. Der Vorschlag wurde sofort abgelehnt. Die Mannschaft sollte auf die Bürgerhäuser aufgeteilt werden. Man hatte ein genaues Verzeichnis derjenigen Wohnungsnehmer zu führen, die Soldaten aufzunehmen imstande waren. Die Führung der Quartierlisten und der Rechnung über die Militärausgaben wurde dem Präsidenten Steigmeyer übertragen, der damit ein sehr undankbares, beständigen Unfechtungen ausgesetztes Amt erhielt. Der Agent Heer seinerseits hatte zusammen mit den Fondsverwaltern sich nach Finanzquellen umzusehen.

Die Verpflegung der Truppen war nicht leicht. Der Proviant konnte teilweise durch Klingnauer Fuhrleute in Baden geholt werden. So bald waren die Franzosen nicht zu befriedigen. Noch mehr brachte deren Disziplin die Bevölkerung in Aufregung. Am 2. November ersuchte die Munizipalität den Kommandanten, er möchte um der Sicherheit der Bürger willen den Soldaten befehlen, abends um 9 Uhr ins Quartier zu gehen und die Stadtbrunnen nicht zum Waschen des Fleisches oder der Schnupftücher zu benutzen. Wer keine Franzosen ins Quartier bekam, hatte seinen Vermögensverhältnissen entsprechend Barbeträge an die Deckung der Militärausgaben zu leisten. Über die Festsetzung dieser Gelder und über die Bestellung der notwendig gewordenen Nachtwachen erhitzten sich die Gemüter in der Gemeindeversammlung vom 27. Dezember derart, daß sie keinen Besluß zustande brachten, „sondern sie seind ganz schreyend auseinander gegangen“. Die Munizipalität verfügte darauf von sich aus, daß die von der Einquartierung verschonten Bürger je Tag und Mann 12 Heller zu bezahlen hätten. Es wurde eine genaue Liste geführt, wobei der Steuersatz und die Wohnverhältnisse zu berücksichtigen waren. Am meisten hatte bis Ende des Jahres der Senator Häfelin zu entrichten.

Am Neujahrstag 1799 ernannte man den Bürger Schmid zum Quartiermeister, um den Präsidenten Steigmeyer zu entlasten. Schon vorher hatte man einen Ausschuß von 12 Männern bestellt, der in dringlichen Fragen der Verwaltung den städtischen Funktionären mit Rat und Tat zur Seite stehen sollte.

Die finanziellen Schwierigkeiten häuften sich. Im März 1799 stellte man im Ausschuß der Zwölf fest, daß die Ausgaben der Gemeinde um mehr als 50 Prozent gestiegen, die Einnahmen aber zu-

rückgegangen seien, zumal die Stadt den aufgehobenen Zehnten von Neugert und andere Gefälle nicht mehr beziehen dürfe. Schon im Herbst des Vorjahres hatte die Stadt bei Michel Dreyfus in Endingen ein Darlehen im Betrage von 1000 Franken aufgenommen, die bald aufgebraucht waren. Vor allem machten sich in der Verwaltung die seit dem Umsturz eingetretenen Steuerausfälle empfindlich spürbar.

Über den im Vergleich zu den folgenden Jahren sehr bescheidenen Geldnöten und noch mehr wegen der Einquartierung kam die Munizipalität schon im April 1799 zu Fall. Die Bürger wählten eine neue Behörde mit Johann Aloys Steigmeyer als Präsidenten, Baptist Häfele, Franz Joseph Frey, Franz Anton Wagner und Joseph Häfele als Mitgliedern. Deren Vereidigung erfolgte am 16. April in Zurzach.

Ankunft der Österreicher.

Rückkehr der bischöflichen Herrschaft.

Bald nahmen kriegerische Ereignisse die Gemüter gefangen. Erzherzog Karl von Österreich hatte 1799 die französische Armee nördlich des Bodensees geschlagen und verfolgte sie in die Schweiz hinein. In der Schlacht bei Zürich besiegt er sie neuerdings und zwang sie zum Rückzug hinter Limmat und Aare. Anfänglich wollten die Franzosen als Nordflanke die Rheinlinie gegen die Österreicher und Russen halten. Sie legten starke Kontingente, darunter Einheiten des helvetischen Elitekorps, in die Grenzorte. Der Bezirk Zurzach wurde besonders ausgiebig besetzt.

In Klingnau befanden sich am 23. Mai 2 Kompagnien Infanterie, ebenso viel Kavallerie, dazu 96 chasseurs à cheval. Am Abend desselben Tags rückten weitere 3 Kompagnien Infanterie ein, die ebenfalls Quartier verlangten. Man mußte ihnen im Salzhaus und im Johanniterhaus Kantonnemente anweisen, dazu Wein und Brot verabfolgen, während für die Pferde nachts mit größter Mühe 56 Rationen Heu, bis zum folgenden Morgen noch weitere 55 in Döttingen aufzutreiben waren. Ganz „übermannet“ vom Ausmaß der Einquartierung, die weit mehr als 1000 Mann umfaßte, richtete die Munizipalität einen dringenden Hilferuf an die Verwaltungskammer Baden, welche einige Lebensmittel versprach, die jedoch nur einem Tropfen Wasser auf heißen Stein gleichkamen.

Da für die Pferde das Futter fehlte, ließ sie der Kommandant der chasseurs kurzerhand in den Wiesen und Äckern weiden, worauf der Unterstatthalter Welti den Klingnauern das vorzeitige Abmähen des Grases in den Propsteiwiesen gestattete, um größeren Schaden im Grundbesitz der Bürger zu verhüten. Aber die Bedrängnis wuchs. Von Baden waren 24 Mütt Kartoffeln, je 5 Mütt Korn und Roggen, dazu 2 Mütt gedörrtes Obst versprochen, aber nur die Kartoffeln geliefert worden. Wie die französische Soldateska in den bürgerlichen Quartieren hauste, ist durch Einzelberichte nicht genauer belegt. Jedenfalls hielt sie sich in Klingnau nicht besser als an andern Orten und nahm weg, was ihr unter die Hände kam. Dies wiederum machte die Aufstellung zahlreicher Wachen und Flurhüter notwendig.

Am 6. Juni verließen die französischen Truppen und die Schweizer des Elitekorps Klingnau, um sich vor den Österreichern auf einer Schiffbrücke über die Aare zurückzuziehen. Von 2 bis 6 Uhr nachmittags dauerte die Überquerung des Flusses. Darnach wurde die Brücke abgebrochen. Nun rückten nach längerem Geplänkel die Österreicher nach und brachten mit ihrer Einquartierung neue Lasten. Sie boten die Bürger sofort zur Zerstörung der Schanzwerke bei Zurzach und Rietheim auf, an deren Errichtung während der Anwesenheit der Franzosen täglich 30 bis 40 Mann von Klingnau hatten arbeiten müssen.

Kaum waren die französischen Truppen weggezogen, so brach auch die unter dem Schutz ihrer Bajonette aufgerichtete Ordnung zusammen. Die Mitglieder der Munizipalität mögen damals zwischen Höfgen und Bangen die längere Zeit sich hinziehenden Scharmützel zwischen Franzosen und Österreichern bei Zurzach verfolgt haben. Die Protokolle berichten von der Haltung der Klingnauer in amüsanter Weise. Man hatte Angst, den rechten Zeitpunkt für die Beseitigung der französischen Wahrzeichen zu verpassen. Schon am 22. Mai gab deshalb die Munizipalität dem Zimmermann Jakob Vogel Anweisung, auf dem Rathaus zu bleiben und dafür zu sorgen, daß der darvor aufgestellte Freiheitsbaum im rechten Moment zu Fall komme. Er sollte aber erst Hand anlegen, wenn die Österreicher sicher ins Städtchen einzögen und eine Rückkehr der Franzosen nicht mehr möglich wäre. Da aber die Österreicher nicht so bald kamen, vielmehr bei Koblenz und Zurzach wider Erwarten noch einmal zurückgedrängt wurden, fristete der Freiheitsbaum weitere zwei Wochen lang ein unrühmliches Dasein. Erst am 8. Juni sprach man ihm endgültig

das Urteil. Man hatte festgestellt, daß in den benachbarten Orten die Freiheitsbäume auf Befehl der österreichischen Offiziere schon gefällt worden waren, und beeilte sich nun, einem derartigen Befehl zuvorzukommen. Jakob Vogel wurde angewiesen, den Baum unverzüglich niederzulegen.

Ähnlich behutsam ging man übrigens beim Sturz der politischen Ordnung vor. Noch am 1. Juli rechtfertigte sich der Präsident der Munizipalität vor der Gemeinde gegen die Klagen und das Gassen geschwätz über die starke Einquartierung. Er erklärte den Bürgern, wozu man gegenüber den österreichischen Truppen verpflichtet sei, und betonte, daß gemäß Befehl des Hauptmanns von Orsetti die Mannschaft sich aus dem Sold verpflege. Wenn die Bürgerschaft darüber hinaus etwas leisten wolle, so geschehe es aus freien Stücken. Die Gemeinde beschloß, auf eigene Kosten den Soldaten in der Stadt und auf Vorposten doch täglich einmal ein Essen verabfolgen zu lassen.

Am 22. Juli verhandelte die Munizipalität zum letzten Mal. Sie ist gleich nachher gestürzt worden. Am 30. Juli wählte die Gemeinde, die auf Befehl der bischöflichen Regierung zu Meersburg unter dem Vorsitz des Obervogts von Schmid sich versammelt hatte, den gesamten „Magistrat, wie er ehemalen gewesen“. So wurden wieder 6 Mitglieder der Räte und 10 des Rates in Amt und Würden gesetzt. Als Räte bestimmte man Engelwirt Joseph Steigmeyer, Prokurator Fidel Heer, Rebstockwirt Fidel Lorenz, Fidel Steigmeyer, Xaver Wenge und Hans Jakob Steigmeyer; als Mitglieder des Rats Medicus Franz Joseph Wagner, Franz Joseph Frey, Franz Anton Wagner, Stephan Landös, Mathes Eggspühler, Joseph Häfele, Leonz Höchle, Johannes Meyer, Jakob Vogel und Anton Fehr. Stadtknecht wurde der Elefantenwirt Coelestin Steigmeyer, während tags darauf die beiden Räte unter dem Vorsitz des Obervogts Aloys Steigmeyer als provisorischen Stadtschreiber und Quartiermeister für so lange bestellten, bis der Streit um die Ablieferung der bei Alstatsschreiber Schleiniger befindlichen Kanzleiaktten entschieden war. Interessant ist an diesen Beamtenlisten wiederum, daß doch eine Anzahl Funktionäre der Umsturzzeit sich in die altehrwürdigen Stadträte hinüberretteten. Eine besondere Fähigkeit zur Assimilation an die neuen Verhältnisse haben die drei Wirte besessen.

F e h l s c h l a g d e s A a r e ü b e r g a n g s.

R ü c k z u g d e r Ö s t e r r e i c h e r .

Erzherzog Karl war in der ersten Schlacht bei Zürich nicht dazu gekommen, seinem Gegner Masséna über die Limmat hinaus zu folgen und ihn entscheidend zu schlagen. Dieser benützte die eintretende Kampfpause dazu, sich des Alpengebietes zu bemächtigen und die wichtige Verbindung der Österreicher mit den unter Suworow in Italien stehenden Russen zu unterbrechen. In der gleichen Zeit lärmten die gegen Frankreich kämpfenden Mächte ihre Offensive, indem sie eine vom Wiener Kabinett veranlaßte Umgruppierung ihrer Streitkräfte vornahmen. Danach sollten die Russen Italien den österreichischen Armeen überlassen und sich ausschließlich auf den Kampf in der Schweiz beschränken, während Erzherzog Karl die Front nördlich von Basel, am Mittelrhein, als Operationsgebiet zugewiesen wurde. Um die nachteiligen Folgen dieser Verschiebung zu verhüten, beschloß Erzherzog Karl nach dem Eintreffen der Russen unter Korssakow einen Angriff auf die Nordflanke der Franzosen. Er wollte die Aare bei Döttingen überschreiten, den linken Flügel der Stellung seines Gegners eindrücken, dessen rückwärtige Verbindungen bedrohen und ihn damit zum Rückzug zwingen.⁸

Die Vorgänge sind bekannt und brauchen hier nur gestreift zu werden. Das Unternehmen war ungenügend vorbereitet und führte zum Misserfolg. Man hatte es unterlassen, in erster Linie durch die Bildung eines Brückenkopfes auf der linken Aaresseite das Schlagen der Schiffbrücke zu sichern. Als wider Erwarten die Anker im Flußbett keinen festen Halt fanden und der Einsatz der Pontons sich verzögerte, gelang es in der Frühe des 17. Augusts, nach dem Aufsteigen des Morgen Nebels, den wenigen Zürcher Scharfschützen und den Franzosen in Kleindöttingen mit Leichtigkeit, die Vollendung der Brücke durch wohlgezielte Schüsse zu verhindern. Es nützte auch nichts, daß die Österreicher die wenigen Häuser am jenseitigen Ufer zusammen schossen. Sie sahen sich schließlich gezwungen, den Kampf abzubrechen. Die gegen 40 000 Mann zählende Armee, die zum Übergang bereitgestellt worden war, mußte sich zurückziehen. Gleich darauf kam es zur entscheidenden Wendung des Kriegsglücks. Karl zog nach

⁸ Darüber besonders Ivo Pfyffer, Aus dem Kriegsjahr 1799. Der Versuch des Aarübergangs bei Döttingen durch Erzherzog Karl. 2. Aufl. Verlag Bürli, Klingnau 1933. — Hs. Nalbholz, Schweiz. Kriegsgeschichte VIII, 61 ff., 98 ff.

dem Mittelrhein. Masséna aber vermochte den wenig fähigen General Korsakow in der zweiten Schlacht bei Zürich am 26. September entscheidend zu schlagen, bevor Suworow imstande war, Hilfe zu bringen. Dieser kam nach dem denkwürdigen Alpenübergang zu spät, um gegen Zürich vorzustoßen, und hatte Mühe, mit dem Rest seines Heeres sich schließlich über den Panixerpass nach Chur durchzuschlagen, worauf er verärgert die Schweiz verließ.

Dieser Ausgang versetzte die bischöfliche Regierung zu Klingnau in nicht geringe Sorge. Sie hatte ohnehin beständig gegen Geldnot und die Lässigkeit der Bürger bei der Übernahme der Requisitionsfuhren wie beim Holzfällen zu kämpfen. Der Quartiermeister war durch die ihm überall sich zeigende passive Resistenz derart überlastet, daß man ihm zwei Mitglieder der Räte zur Aushilfe beigab. Eine eigentliche Resignation beschlich die Stadträte in den letzten, ihnen noch beschiedenen Sitzungen. Am 26. September stellten sie fest, daß in der vergangenen Nacht die Russen, die zur Ablösung der Österreicher in Klingnau eingetroffen waren, den Abmarsch angetreten hätten und allem Vermuten nach nicht mehr wiederkehren würden. Deshalb verordneten sie vorerst, daß alles der Stadt gehörende Gut im verlassenen Lager zusammengetragen werde. Nach der so unerwarteten Änderung der Kriegsumstände glaubten sie, „daß wir annoch gefährvolle Augenblicke zu erwarten haben“. Sie beschlossen deshalb einen allgemeinen Buß- und Betttag, um vom Himmel das ewige und zeitliche Wohl zu erflehen. Sobald es die Umstände erlaubten, wollten sie — unter Vorbehalt eines entsprechenden Gemeindebeschlusses — eine Wallfahrt nach Totmoos ausführen. Aus allem spricht die Angst vor den kommenden franzosen.

Diese rückten auch unmittelbar nach den Russen in die Stadt ein. Trotzdem schied die bischöfliche Regierung nicht sofort aus dem Amte. Die Männer der früheren Munizipalität hatten es nicht eilig, bei all den Schwierigkeiten die Verantwortung zu übernehmen. Zur großen Lebensmittelnappheit und Geldnot waren die 150 Husaren und 320 Infanteristen eine schwere Belastung. Seufzend über den „gedrängten Zustand“ der Stadt beschlossen die Räte am 2. Oktober, den französischen Platzkommandanten selber um Unterstützung und Hilfe anzuflehen. Dieser hatte ein Einsehen und versprach, beim General in Zürich ein Wort für sie einzulegen. Drei Tage später brachte er den Bescheid, daß die chasseurs à cheval unverzüglich abgezogen würden und daß auch die ursprünglich geplante Einrichtung eines

Militärspitals in der Propstei rückgängig gemacht worden sei. In der Freude über diesen günstigen Bericht statteten die Räte dem Kommandanten eine Dankesvisite ab. Dies war ihre letzte zu Protokoll gegebene Amtshandlung. Der Stadtschreiber beschloß seine Eintragung im Ratsbuch mit dem Spruch: Finis coronat opus, das Ende krönt das Werk. Ein fragwürdiger Trost für die kurze Herrlichkeit!

Am 10. Oktober übermittelte der Agent Heer den Befehl des Unterstatthalters, nach dem die früheren Munizipalen wieder „in die vorigen functiones“ zu treten hätten. Demissionen würden nicht angenommen. Der Weibel Gregor Häfele durfte in seinem Amte bleiben unter der Bedingung, daß er in Zukunft seine Pflichten besser als bisher erfülle. Als Sekretär der Munizipalität wählte man Xaver Häfele.

Der Aufstand von 1802.

Vorübergehend schien eine Zeit der Entspannung einzutreten. Sie kam aber mehr einer Erschöpfung und Verzweiflung des Volkes gleich. Das Land spaltete sich in zwei Lager, die Unitarier oder Anhänger des Einheitsstaates und die Föderalisten, die eine Wiederkehr des alten Staatenbundes wünschten. Je schwieriger die allgemeine Lage sich infolge der kriegerischen Ereignisse gestaltete, um so mehr Anhänger gewannen die Föderalisten. Verfassungsänderungen sollten die gärende Unzufriedenheit beschwichtigen. Sie brachten aber nur neuen Zündstoff und neue Probleme, unter denen seit dem Mai 1801 die vom Minister Stapfer aufgeworfene Frage der Verschmelzung des Kantons Baden mit Aargau eine wichtige Rolle spielte. Ein Jahr später wurde die zweite helvetische Verfassung in Kraft erklärt, welche Baden als Kanton nicht mehr enthielt und dessen Vereinigung mit dem Aargau zur Tatsache werden ließ.

Die Widerstände gegen diese Neuerung verschärfsten sich. Die konservativen Kreise in Baden arbeiteten Hand in Hand mit der bernischen Aristokratie. Es bedurfte nur jenes hinterlistigen Schachzugs vom 20. Juli, mit dem Napoleon, der allmächtige Diktator Frankreichs, seine Truppen aus der Schweiz zurückzog, um den Aufruhr ausbrechen zu lassen, der ihm den Vorwand gab, als Friedensstifter zwischen die streitenden Parteien zu treten, das Land neuerdings zu besetzen, es zugleich mit einer ihm passenden Verfassung zu beglücken und noch enger an Frankreich zuketten. Der Steckfrieg

vom Herbst 1802, in dem die Distrikte Baden und Zurzach eine gewisse Rolle spielten, brach im September aus.⁹

Ein erster Aufstandsversuch im Siggental vom 26. August war missglückt. Die helvetischen Beamten verstanden aber nicht, daraus Nutzen zu ziehen. Als sich zwei Wochen später die Schwäche und Unzuverlässigkeit der helvetischen Truppen in Scharmützeln um Zürich offenbarten, ging der Aufruhr im Siggental neuerdings los. Die helvetische Kompanie wurde nach Baden hinein gedrängt und zur Kapitulation gezwungen. Der mit komischen Begleitumständen gespickte Aufstand, dem der Volksmund den Namen Stedlikrieg gab, zog sich unter Führung des Rudolf von Erlach und anderer bald über Aarau und Solothurn nach Bern. Er nötigte den Vollziehungsrat, den Nachfolger des Direktoriums, und den Senat zur Flucht nach Lausanne, während eine Tagsatzung zu Schwyz alle Föderalisten der Schweiz um sich zu scharen suchte.

An der Empörung hatten auch Klingnauer Kreise Anteil. Als einer der ersten schloß sich den Insurgenten in Baden a. Obervogt von Schmid an. Er war in der Aufruhrpartei als einer der Initianten tätig. Zur Rechtfertigung ihres Vorgehens erließ die Parteileitung am 18. September einen Bericht, in dem sie erklärte, die gewaltsame Verschmelzung des Kantons Baden mit dem Aargau hätte Spannung und Unzufriedenheit erzeugt. Zur Verhütung von Unruhen und Unzufriedenheit habe man handeln müssen und in Baden eine außerordentliche Kommission eingesetzt, die für Ordnung sorgen werde. Diese Kommission wurde am 25. September durch eine provisorische Regierungskommission abgelöst, der Obervogt von Schmid ebenfalls angehörte.

Zu Klingnau verfolgte man die Ereignisse mit Spannung. Über die Haltung der Bürgerschaft vor dem Aufruhr erfahren wir freilich nichts. Die Aufreizung gegen die Behörden erfolgte wohl im geheimen. Dazu versagen die amtlichen Quellen, weil die Protokolle der Munizipalität vom Februar 1801 weg für anderthalb Jahre fehlen. Kaum war der Aufstand ausgebrochen, so zeigte sich die Bürgerschaft zum Mitgehen bereit. Am 12. September 1802 langte abends ein ge-

⁹ Vgl. W. Oechsli, Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert I, 379 ff. — E. Jörin, Der Kanton Aargau 1798—1803. Vom bernischen Untertanenland zum souveränen Großkanton. Arg. 42, 205 ff. — Leuthold a. a. O. 224 ff. — Ivo Pfiffer, Der Aufstand gegen die Helvetik im ehemaligen Kt. Baden im September 1802. Beilage zum Jahresbericht des aarg. Lehrerseminars 1904.

drücktes Zirkular der in Baden eingesetzten außerordentlichen Kommission an. Es wurde noch in der gleichen Nacht um 12 Uhr unter der Linde zwischen den beiden obern Toren verlesen. Nach einem Bericht des helvetischen Hauptmanns Roschi soll zwar die Stadt durch Döttinger, die als erste mit 30 Mann zum Auszug bereitstanden, alarmiert worden sein. Es war dies wohl kaum nötig.

Als der Aufruhr um sich griff, schritt man zur Änderung des Stadtregiments. Die Gemeindeversammlung vom 18. September übertrug a. Obervogt von Schmid, der schon als Kommandant der freiwilligen Mannschaft fungierte, die nötigen Vollmachten, für die Ruhe in der Gemeinde zu sorgen, sich in deren Namen der außerordentlichen Militärkommission in Baden anzuschließen und dahin zu wirken, daß der Kanton Baden wieder in seine verfassungsmäßigen Rechte eingesetzt werde. Darauf bestellte sie eine provisorische Stadtregierung mit weitgehenden Kompetenzen, der nur drei Mitglieder, eben der Obervogt, dann Fidel Steigmeyer, dieser zugleich als Säckelmeister, und Mathes Eggspühler mit dem Titel Ortsvorsteher angehörten. In die nach Baden einberufene Versammlung der Abgeordneten aller Gemeinden des ehemaligen Kantons wurde wiederum von Schmid deputiert, der nach einer ersten Berichterstattung Vollmacht erhielt, in den künftigen Sitzungen der Abgeordneten zu Baden im Namen der Gemeinde alles zu fördern, was dem Wohle des Vaterlandes diene. In seiner Abwesenheit wurden die Geschäfte von den beiden andern Vorstehern geführt.

Die provisorische Regierung in Baden verlangte nun Mannschaften und Geld. Zu Klingnau wurden am 10. Oktober die „ledigen Knaben“ im Alter von 18 bis 45 Jahren ins Rathaus befohlen. Man wollte sehen, ob sich für das geforderte Kontingent von 12 Mann freiwillige stellten. Die Kampfbegeisterung war aber schon abgeflaut. Man mußte die Rekruten auslosen. Die Hälfte von ihnen hatte zwei Wochen später nach Baden zu marschieren. Die Geldzuschüsse von 90 Gulden wollte man durch eine Kollekte in der Stadt aufbringen. Diese ergab 54 Gulden. Den Rest entnahm man dem Säckelamt.

Das in der letzten Oktoberwoche erfolgte Truppenaufgebot war übrigens zwecklos. Wenige Tage zuvor hatte Napoleon durch seinen Gesandten Rapp die Niederlegung der Waffen befohlen und zugleich eine Armee von 40 000 Mann in die Schweiz geschickt. Am 25. Ok-

tober stellte der Aarauer Regierungsstatthalter den Unterstatthaltern in Baden und Zurzach die Proklamation Napoleons zu mit dem Befehl, sie in den Gemeinden verlesen zu lassen und anzuordnen, daß alle helvetischen Beamten unverzüglich ihre Funktionen wieder aufzunehmen hätten. Drei Tage später löste sich die provisorische Regierung in Baden auf, und am selben Tag rückten französische Husaren in Baden, Mellingen und Zurzach ein.¹⁰

Ende Oktober amtete in Klingnau die Munizipalität wieder. Sie ordnete ihren Präsidenten und den Weibel auf den 2. November nach Zurzach ins Rathaus ab, weil Welti Befehl gab, den provisorischen Ortsvorstehern sämtliche Rechnungen und Dokumente abzufordern, sodann unverzüglich in einer Gemeindeversammlung die Proklamation Napoleons und der helvetischen Behörden zu verlesen. Der zweiten Aufforderung kam die Munizipalität erst am 8. November nach. Während die Proklamationen verlesen wurden, rückten zur nicht geringen Bestürzung der Bürger französische Husaren in die Stadt ein. Man ließ in Zurzach nach dem Grund (!) der Einquartierung fragen, erhielt aber von dort die Antwort, man wisse es auch nicht. Zunächst hatte man sämtliche Waffen abzuliefern. Der Ertrag der Konfiskation war freilich gering: 15 Gewehre, 20 Jagdflinten, 1 Muskete, 1 Stutzer, 6 Pistolen und 18 Säbel.

Die Sorgen um die Einquartierung und die Folgen der Insurrektion beschäftigten wohl ständig die Bürger. Am 12. November bestellte die Gemeindeversammlung zwölf Ausschüsse und übertrug ihnen alle Vollmachten, selbst die Genehmigung der Säckelmeisterrechnungen. In diese Ausschüsse wählte man aus jeder der sechs Rotten, in welche die Stadt eingeteilt war, je zwei. Da saßen wieder die Freunde der helvetischen Ordnung und der Aufruhrpartei friedlich nebeneinander. Gerade Obervogt von Schmid wurde in Ausschüsse und Kommissionen berordert, als ob nichts vorgefallen wäre.¹¹ Zur Aufstellung eines Plans für die Einquartierung ernannte man eine Kommission mit Exsenator Häfelin, Bernhard Häfele, Verwalter

¹⁰ J. Pfyffer, a. a. O. 44 f.

¹¹ 1. Rott: Fidel Steigmeyer, Schuster, Bernhard Häfele.

2. „ Hans Jakob Schleiniger, Mathes Eggspühler.

3. „ Carl Höchle, Johannes Wenge.

4. „ Exsenator Häfelin, Gregor Häfele.

5. „ a. Obervogt von Schmid, Bernhard Steigmeyer.

6. „ Engelwirt Joseph Steigmeyer, Joseph Häfele, Bäckermeister.

Wenge und dem a. Obervogt. Als Dolmetscher für die Truppen sollte Conrad Steigmeyer amten.

Die Munizipalität hatte es auch nicht eilig, dem Befehl Weltis nachzukommen, der ein Verzeichnis der Insurgenten verlangte. Zu-erst beschloß man, die Ausschüsse sollten darüber beraten, „wie man antworten und doch nicht verantwortlich gemacht werden könne“! Nach einer zweiten Mahnung schickte man die Liste, aber zugleich zwei Abgeordnete. Welche Namen die Liste enthielt, ist nicht be-kannt. Von einer eigentlichen Verfolgung scheint man überhaupt ab-gesehen zu haben. Zwei Stabsoffiziere des Generals Ney vergewis-serten sich am 22. November darüber, daß die erwähnten Prokla-mationen der Bürgerschaft zur Kenntnis gegeben und die Waffen mit Munition abgeliefert worden waren. Sie sicherten übrigens gute Be-handlung durch die fränkischen Truppen zu, sofern diesen kein Leid zugefügt werde.

Die Truppen selber wurden nicht auf die Bürgerhäuser verteilt, sondern kaserniert und vorerst für die Dauer eines Monats auf Rech-nung der Gemeinde in den drei Wirtshäusern verpflegt. Man hoffte auf Rückerstattung dieser Auslagen durch die Oberbehörde. Den Wir-ten zahlte man pro Mann und Tag 12 Berner Batzen Kostgeld, was Welti später beanstandete, da man sonst als Vergütung nur 5 Batzen berechne. Der Unterstatthalter fand, die Einquartierung bei den Bür-gern wäre vorteilhafter gewesen.

Doch nahmen die Helvetik und bald auch die fränkische Besetzung des Landes ein Ende. Napoleon schuf in Paris die Mediationsakte, die neben der eidgenössischen auch die kantonalen Verfassungen ent-hielt. Durch sie kam der Aargau zur heute bestehenden Gestalt. Baden, freiamt und fricktal gingen im stärkeren Konkurrenten, der in Aarau ein sehr aktives Zentrum besaß, auf. Im März 1803 dank-ten die helvetischen Behörden ab. In einem Übergangsregime wurden die neuen Beamtungen von Kanton, Bezirken und Gemeinden be-stellt. Der landesfremde, unpopulär gebliebene Name Munizipalität ver-schwand für immer. An dessen Stelle trat zu Klingnau der Stadt-rat, dessen Mitglieder nicht mehr mit dem revolutionären „Bürger“, sondern mit „Herr“ angeredet wurden.

Militärlasten und Gemeindehaushalt 1798 — 1803.

Es ist oben gelegentlich auf die Nöte der Einquartierung hingewiesen worden. Sie haben schon im Frühjahr 1799 die erste Municipalität zu Fall gebracht. Die Drangsale erreichten aber erst nachher, als sich die Schweiz im zweiten Koalitionskrieg von fremden Heeren überflutet sah, ihren Höhepunkt. Es sei hier vorerst an die vielen Schanzarbeiten vor und nach dem Einmarsch der Österreicher erinnert. Bei der wachsenden Unsicherheit in der Stadt mußten bei den Klöstern und auf den Fluren besonders nachts die Wachen bis auf 20 Mann verstärkt werden.

Doch am schwersten drückte die Einquartierung. Über deren Ausmaß läßt sich mit der im Stadtarchiv erhaltenen, vom 4. Mai 1799 bis 8. Mai 1800 sorgfältig geführten Liste des Quartieramtes ein ziemlich genaues Bild gewinnen. Danach trifft es auf den ein Jahr umfassenden Zeitraum im ganzen 82 415 Einquartierungen. In der ersten Etappe der französischen Truppen sind es 7912, bei den Österreichern 23 673, bei den Russen 12 240, und in der zweiten Etappe der fränkisch-helvetischen Truppen, d. h. nach dem Abzug der Russen, noch 38 590 Mann. Im Durchschnitt trifft es auf den Tag 255 Mann, die Offiziere bis zu den Stäben und dem zeitweise amtenden Platzkommandanten inbegriffen. Es gab aber Wochen, in denen 1000 und mehr Mann täglich einquartiert waren. Vom 26. September 1799 bis Ende März 1800 beherbergte die Propstei 1423 Offiziere und 4680 Mann, das Kloster Sion 4320, beide Orte zusammen 10 423 Mann. Auch wenn die geistlichen Stifte der Stadt etw^e welche Erleichterung der Militärlasten brachten, so waren diese noch drückend genug. Dazu verursachten die Unterbringung der Pferde, bisweilen deren über 100, sowie die Beschaffung des Futters fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Nicht weniger hart war übrigens Koblenz durch die Einquartierungen betroffen. Schon Ende 1799 betrugen sie für den Zeitraum eines Jahres 67 903 Mann. Nur mußte dort die Verpflegung in viel größerem Maße von den Truppen selbst und von den helvetischen Behörden aufgebracht werden.¹²

Zu allem Unglück erklärte der französische Kommandant im Januar 1800, die Soldaten seien in der Propstei und in Sion schlecht gehalten; sie müßten ebenfalls in die Bürgerhäuser gelegt werden.

¹² Stridler, Actensammlung XI, Kulturhistor. Reihe I, 1041.

Drei Wochen später erging tatsächlich der Befehl zur Räumung der Klostergebäude. Die Stadt machte alle Unstrengung, dies zu verhindern, und richtete ein entsprechendes Gesuch bis nach Bern. Es wird unten in anderm Zusammenhang gezeigt werden, welchen Erfolg man hatte.

Der Finanzhaushalt der Gemeinde geriet immer mehr aus den Fugen. Die bisherigen Einnahmequellen, so der früher von der Stadt für Neurodungen bezogene Zehnten, waren mit der Aufhebung der alten Feudallasten und Abgaben vielfach versiegt. Der Steuerbezug stockte in bedenklicher Weise. Schuld daran war zum Teil auch der Umstand, daß die Steuerbücher mit dem Kanzleiarchiv durch den beim Umsturz auf die Seite geschobenen und darüberrettungslos verärgerten alt Stadtschreiber Schleiniger der Gemeinde vorenthalten wurden.

Jene 1000 Franken, die man im Frühjahr 1799 bei Michel Dreyfus geborgt hatte, waren bald aufgebraucht. Im Januar des folgenden Jahres gelang es, vom Zürcher Kaufmann Hans Heinrich Tauenstein 2000 Franken als Darlehen zu erhalten. Schon drei Monate später schoss dessen Schwiegersohn, Direktor Cramer, der Gemeinde einen weiteren Betrag in derselben Höhe vor.¹³ Aber damit konnte die Stadt den Verpflichtungen bei weitem nicht genügen. Schon die zahllosen Requisitionsfuhren, von denen sich ein ganzes Bündel Rechnungen erhalten hat, und die vielen Dienstleistungen für die Okkupationstruppen verschlangen beträchtliche Summen, denen gegenüber die Versprechen und Vertröstungen der kantonalen und helvetischen Behörden keine Linderung brachten.

Die Not war übrigens in der Nord- und Zentralschweiz überall gleich groß. Berge von Bittschriften und Klagen langten beim Direktorium in Bern ein. Begreiflich, daß sich dieses all dem Elend gegenüber hilflos sah und kaum über bloße Versprechen hinauskam.

Mit der Lage in Klingnau befaßte man sich verschiedentlich zu Beginn des Jahres 1800, nachdem die Stadt ein dringendes Hilfegesuch nach Bern gerichtet hatte. Die Badener Verwaltungskammer unterstützte die Schritte der Klingnauer. Sie betonte, wie diese Ge-

¹³ Tauenstein und Cramer hatten auch der Abtei St. Blasien große Geldsummen geliehen, worüber es später zu langwierigen Auseinandersetzungen mit dem Großherzogtum Baden kam. Vgl. H. Baier, Die Beziehungen Badens zur Eidgenossenschaft und die Säkularisation. *ZGÖR*. N.F. 50 (1936), S. 554 f.

meinde infolge ihrer Grenzlage durch die vielen Einquartierungen verarmt sei und sich nicht aus eigener Kraft helfen könne. Immerhin gebe es in der Stadt wohlhabende Bürger, die ohne Schwierigkeit Offiziere bei sich zu beherbergen in der Lage wären. Andere Gemeinden des Distrikts Zurzach seien in ähnlich schwerer Lage. Ob man der Stadt, wie sie es wünsche, durch eine stärkere Belastung der Propstei und von Sion Hilfe schaffen könne, sei nicht ohne Bedenken zu bejahen, da damit unter Umständen die beiden Häuser ruiniert würden.¹⁴

Nachdrücklicher als die Verwaltungskammer unterstützten die Senatoren Uttenhofer aus Zurzach und Häfelin den Hilferuf der Klingnauer. Sie erinnerten an die kriegerischen Ereignisse des vergangenen Jahres. In sechsfachem Wechsel hätten die Franken, Österreichische und Russen die Gegend der untern Aare besetzt. Noch liege der Distrikt Zurzach auf eine Länge von 5 Stunden unter Österreichs Kanonen. Darum habe das Volk trotz seiner Erschöpfung immer neue Militärlasten zu tragen. Die Landesprodukte seien aufgezehrt. Nichtsdestoweniger müßten die verarmten Bürger noch Gemüse, Fleisch und Brot liefern. Ihre Häuser seien Kasernen, die Felder ihrer Erträge beraubt, die Wälder abgeholt; zur Weinlese seien die Eigentümer nicht gekommen, denn die Soldaten „wimmelten“ die Weinberge. Die Auslagen für die Requisitionsfuhren seien ungeheuer. Das Vieh müsse aus Futtermangel zu Spottpreisen abgesetzt werden. In Zurzach hätten Bürger mittleren Vermögens monatelang 10 bis 30 Soldaten vollständig aushalten müssen.

In diesem Zusammenhang wandten sich die beiden Senatoren auch dagegen, daß zu Klingnau der oben erwähnte Befehl zur Räumung der Propstei und Sions vollzogen und die dort stationierten Truppen in die Bürgerhäuser gelegt würden. Tatsächlich wurde daraufhin die Verlegung der Quartiere nicht vorgenommen. Der Minister des Innern versprach auch sonst Abhilfe. Aber dabei blieb es im ganzen. Immerhin gestattete das Direktorium im Mai 1801 die Abholzung und den Verkauf von 23 Jucharten Wald in der Ebene beim Grüttacker.¹⁵ Dies war nicht das einzige Mal, durch Verminderung des Gemeindeguts den finanziellen Schwierigkeiten zu begegnen. Man half sich auch damit, daß man größere Beträge, einmal 1000

¹⁴ Stridler, XI, 1041.

¹⁵ Stridler XI, 873 f., 353.

franken, die bei Kapitalablösungen vom Schuldner der Stadt zurückbezahlt wurden, ins Verwendbare herübernahm, statt sie den betreffenden Fonds, in die sie gehörten, zuzuweisen.

Im Stadtarchiv befindet sich ein acht Seiten starkes Heft mit einer Zusammenstellung der Vermögen der Bürger, der Gemeinde selber und der in ihr domizilierten Korporationen. Es wurde auf Grund einer Selbsttaxation der beteiligten Eigentümer aufgenommen. Fraglos handelt es sich hier um ein Exemplar jener Statistik, die auf Veranlassung der helvetischen Behörden am 13. Januar 1800 durch die Verwaltungskammer Baden nach Bern weitergeleitet worden ist. Die kantonalen Tabellen enthalten Angaben über die Bevölkerung, die Vermögen, über die durch die Gemeinden an Naturschäden erlittenen Verluste und insbesondere über die Militärlasten. Danach wurden die Leistungen des Kantons Baden an die Einquartierungen bis Ende November 1799 auf 4 426 585 livres beziffert. Die Not bezeichnete man als derart, daß besonders in den nördlichen Gemeinden der Ausbruch von Seuchen befürchtet werden müsse. Die Verwaltungskammer ersuchte dringend um Zuschüsse und verlangte vor allem, von neuen Requisitionen verschont zu bleiben.¹⁶

Die erwähnte Klingnauer Statistik beschränkt sich auf die Vermögenswerte. Nach dieser Selbsttaxation aus dem Anfang des Jahres 1800 besaßen 267 Steuerpflichtige ein Gesamtvermögen von 493 348 Franken. Zwei Bürger bezifferten ihr Gut auf weniger als 100 Franken, 92 besaßen weniger als 1000, weitere 160 verzeichneten Beträge von 1000 bis 5000, andere 12 solche von 5000 bis 10 000 und nur einer, Altstadtschreiber und Kantsrichter Schleiniger, ging mit einem Vermögen von 10 311 fr. noch höher. Im Durchschnitt trifft es auf den Steuerpflichtigen ungefähr 1850 Franken, was im Vergleich mit andern aargauischen Städten doch von einem gewissen Wohlstand zeugt. Dazu kamen die übrigen Vermögen. Die Stadt deklarierte den Wert der eigenen Güter auf fr. 66 856, Sion auf 37 390, das Schloß auf 18 185, das Johanniterhaus Leuggern für seine Klingnauer Schaffnerei auf 9 448, das Zurzacher Verenastift auf 2 500 und die Propstei auf 69 559, zusammen 203 938, was mit den privaten Vermögen ein Total von 697 486 franken ergibt. Immerhin ist zu beachten, daß die gänzlich Besitzlosen in der Liste nicht aufgeführt werden. Als einziger, der kein Vermögen deklariert, wird

¹⁶ Strickler XI, 869 ff.

im Verzeichnis der Präsident der Munizipalität, Aloys Steigmeyer, genannt. Man muß annehmen, daß er als Präsident von der Taxation befreit ist.

Die Militärlasten drückten besonders schwer nach dem Stedl-krieg, als man zwei Monate lang für den ganzen Unterhalt der französischen Husaren und ihrer Pferde aufkommen mußte. Bis zu deren Abmarsch am 12. Januar 1803 wurden nur geringe Beträge an Proviant von auswärts zugeführt, so einiges von Baden und 50 Mutt Getreide von Welti. Mit Bitternis stellt ein Schreiben der Munizipalität an die Verwaltungskommission des Standes Aargau vom 11. VI. fest, wie nicht bloß die versprochene Entschädigung nicht eingegangen sei, sondern wie nun die Stadt noch gezwungen werde, auch die allgemeine Kriegssteuer zu zahlen. Ihre Schuldenlast sei außerordentlich hoch, dazu der Ernteertrag, besonders in den Rebbergen, die der Bürgerschaft sonst die Haupteinnahme brächten, infolge der Frühjahrsfröste sehr gering.

Wie eine Ironie zieht sich durch all das Elend dieser Jahre der Streit um die Herausgabe der Kanzleiaakten hin. Alt Stadtschreiber Schleiniger schürte mit unversöhnlichem Groll die Schwierigkeiten der Stadtverwaltung. Seinem Unmut gegen die Kreise des Umsturzes legte er keine Zügel an. Erklärte er doch einmal dem Weibel, etliche 50 Lumpen und etliche 50 Buben hätten die Munizipalität gewählt und der Gemeinde schon 1900 Gulden verlumpt. Zuerst versuchte die Munizipalität vergeblich mit Hilfe verschiedener Instanzen, die Akten zu bekommen. Ablehnend verhielt er sich nach dem Einmarsch der Österreicher auch gegen die bischöfliche Regierung, weil diese nicht ihn, sondern Johann Aloys Steigmeyer zum provisorischen Stadtschreiber ernannte.¹⁷

Den Stadträten gegenüber rechtfertigte er sich am 8. August 1799. Er sei 1775 zum Stadtschreiber erwählt worden. Das Amt sei zufolge obrigkeitlicher Entscheide von 1710 und 1711 lebenslänglich. 1798 aber, „wo ein neue constitution hat wellen eingeführt werden“, sei er ohne weiteres vom Amt entfernt worden. Und jetzt, da jeder nach dem Sieg der kaiserlichen Truppen, d. h. der Österreicher, in sein früheres Amt eingesetzt werde, sei er gesonnen, die Stadtschreiberei mit allen Freiheiten und Gerechtigkeiten wiederum zu übernehmen. Sollte man ihn daran hindern, werde er bei den regierenden Ständen

¹⁷ Vgl. H. J. Welti, Stadtschreiber S. 27 ff.

sich Recht verschaffen. Schleiniger rechnete also damit, daß die Herrschaftsverhältnisse der Zeit vor 1798 zurückkehren würden. Die Klingnauer Räte hielten ihm entgegen, es gehe nun nicht darum, ob er Stadtschreiber werden wolle oder nicht, sondern um die Auslieferung der Akten. Worauf Schleiniger antwortete, die Kanzlei sei immer in seiner Wohnung gewesen, da die Stadt kein eigenes Kanzleihaus besitze. Er werde sie weiter behalten und keinen Buchstaben herausgeben. Einmal hat er doch die für eine Steuerauflage dringend benötigten Steuerrödel ausgehändigt, aber nur gegen die schriftliche Zusicherung, daß sie ihm nach Gebrauch sofort zurückgestellt würden. Im Jahre 1800 verlangte die Verwaltungskammer Baden eine Liste aller Käufe seit 1780. Man mußte das Begehren an Schleiniger weiterleiten. Ob er die Liste selber eingesandt hat, ist nicht ersichtlich. 1804 leitete man den Streit an die Kantonsregierung in Aarau. Sie wird dafür gesorgt haben, daß die Akten in den Besitz der Stadt zurückkehrten. Dieser Handel ist wohl mit schuld, daß das Archiv für die Jahre des Umsturzes sich nur lückenhaft erhalten hat.

2. Im Kanton Aargau.

Neuordnung der Gemeinde.

Am 25. April 1803 trat im neuen Kanton der Große Rat zusammen. Dieser bestand, wie der berühmte Brugger Arzt und Staatsmann Rengger seinem Freunde Stapfer klagte, zu zwei Dritteln aus „Insurgenten“. Tatsächlich brachte die Wahl des Großen Rates den Konservativen einen unzweideutigen Sieg. So groß war die Unpopularität der Helvetik geworden. Darum war auch von der anfänglich beabsichtigten Bestrafung der Teilnehmer des Stecklikrieger gar keine Rede mehr. Obervogt von Schmid wurde in nicht weniger als drei Kreisen zum Mitglied des Großen Rats vorgeschlagen und durchs Los gewählt. Er gelangte auch gleich nachher ins kantonale Appellationsgericht und noch 1813 in die Rechnungsprüfungskommission.¹

Als wichtigste Organe der Gemeinden sah die von Napoleon diktierte Verfassung die Gemeindeversammlung und den Gemeinderat

¹ Wechsli a. a. O. I, 465. — Über den Kanton orientiert nun in vorzüglicher Weise die große Arbeit von E. Jörin, Der Kt. Aargau 1803—1813/15, publiziert in mehreren Jahrgängen der Argovia und separat bei Sauerländer, Aarau 1941.

vor. Gegenüber der Helvetik ging die Zahl der Aktivbürger durch Heraufsetzen der Eintrittsgrenze für Ledige auf 30 Jahre und durch die Forderung eines Vermögensnachweises wesentlich zurück. Der Gemeindeversammlung standen an Kompetenzen zu: Wahl des Gemeinderats, Bestimmung der Besoldung seiner Mitglieder und des Gemeindeschreibers wie der Kompetenzsumme des Rats, Bewilligung von Krediten oder Steuern, soweit sie die gemeinderätliche Kompetenz überschritten, endlich die Passation der Verwaltungsrechnungen und die Behandlung der Gesuche um Bürgeraufnahmen. Der Gemeindeammann hatte über die öffentliche Ruhe zu wachen, eine Reihe zivilrechtlicher Aufgaben zu erfüllen, war Vollziehungsbeamter der Regierung und besaß ziemlich ausgedehnte Befugnisse. In den Aufgabenkreis des Gemeinderates, der neben dem Ammann und zwei Beisitzern noch 8—16 Mitglieder zählen sollte, in Klingnau aber nur 6 aufwies, gehörte die Ortspolizei, das Finanzwesen, Verwaltung von Armen-, Schul- und Kirchengut, Dormundenschaftswesen, Fertigungs- und Hypothekarwesen, Rechtsprechung in administrativen Streitigkeiten, Disziplinar- und Bußgutwesen sowie die Befugnis, die untern Gemeindefunktionäre zu wählen.²

Zu Klingnau hielt der Stadtrat seine erste Sitzung am 28. August 1803 ab. Neben dem Stadtammann Fidel Lorenz zählte er als „Beisitzer“ Steigmeyer und Heer, als „Vorsteher“ Wenge, Häfele senior und junior, Vogel, Landös und Eggspühler. Als Stadtschreiber bestätigte er Johann Aloys Steigmeyer, als Weibel Gregor Häfele. Das wichtigste Geschäft war die Festlegung eines Zeremoniells. Auf Vorschlag des Ammanns wurde bestimmt, daß die „Herren“ Räte bei Sitzungen über „kompetierliche“ Amtsgeschäfte mit dem Degen, bei gewöhnlichen Administrativfragen mit dem Stock erscheinen sollten. Als Amtstracht bezeichnete man ein schwarzes Beinkleid, dazu einen „anständigen“ Rock von beliebiger Farbe und den „aufgestürzten“ Hut. Der Stadtweibel hatte einen schwarzen Mantel, darauf das silberne Zeichen mit dem „gläsernen Stein“ und den Stab zu führen. Auf die Besserung der durch die Revolutionsjahre verdorbenen Sittlichkeit wollte der neue Magistrat besonders achten. Der Stadtschreiber wurde beauftragt, auf die folgende Sitzung entsprechende Verordnungen zu entwerfen.

Am 3. September genehmigte der Stadtrat die von Steigmeyer

² E. Jörin a. a. O. 82 ff.

geschickt abgefaßte und mit Geleitwort versehene Polizeiordnung und weitere Erlasse. In jener erklärte er nach einem Hinweis auf die Revolutionswirren, man werde die Verletzer der obrigkeitlichen Gesetze und der Gemeindeordnung mit aller Energie zur Korrektion bringen, Ruhe, Sittlichkeit und allgemeinen Wohlstand wiederherstellen, damit jeder Bürger seiner Person und seines Eigentums froh werden könne.

Am 1. Oktober erfolgte die Konstituierung des Sittengerichts. Als Vorsitzender amtete der Pfarrer. Mitglieder waren die Almmänner von Klingnau, Döttingen und Koblenz, dazu drei Räte von Klingnau und einer von Döttingen. Das Protokoll führte der Stadtschreiber. Auf Beschuß des Stadtrats übernahm das Sittengericht später auch die Befugnisse der Schulpflege.

Mit besonderer Feierlichkeit wollte man die Bürger den Eid auf die Kantonsverfassung leisten lassen. Dazu wurde von Aarau ein Mitglied des Kleinen Rats abgeordnet. Dieses wollte man mit kriegerischer Wehr und fliegenden Fahnen und mit der Harmoniemusik begrüßen, während Mörser oberhalb Sion zum Salut abgefeuert werden sollten. An der feier nahmen die Bürger der ganzen Kirchgemeinde teil. Die Gemeinderäte von Döttingen und Koblenz erhielten als besondere Vergünstigung das Recht, gleich hinter dem Stadtrat in die Kirche einzuziehen und die Plätze zu besetzen. Das Tragen eines schwarzen Mantels war allen zur Pflicht gemacht.³

Durchmarsch der Alliierten 1813/14.

Klingnau als Lazarettstadt.

Die Mediationszeit brachte der Schweiz etwelche Entspannung. Auch der junge Aargau arbeitete mit Erfolg daran, die Wunden, welche die Stürme der Helvetik seiner Bevölkerung geschlagen hatten, vernarben zu lassen. In Landwirtschaft, Gewerbe und Handel trat zwar eine gewisse Beschränkung der vollen Gewerbefreiheit der Revolutionsjahre ein. Im ganzen aber war der persönlichen Initiative Spielraum zur Entfaltung gegeben. Dazu gingen besonders Aarauer Kreise daran, die geistigen Grundlagen des Volkes mit der Förde-

³ H. J. Welti, Festschr. z. Feier des 130-jährigen Bestehens der Stadtmusik Klingnau (1936) vermutet, die Musik sei um 1806 gegründet worden. Sie hat nach dieser Erwähnung vom 10. IX. 1803 also früher schon bestanden.

rung des Schulwesens umfassender zu gestalten. Es entstanden Kantonschule und Lehrerbildungsanstalt.

So ganz unbeschwert erfreute man sich des Friedens indessen nicht. Daß die Schweiz enge an die Napoleonsche Gewaltpolitik gefettet war, brachte manche Bürde. Die Werbung der Rekruten für die ständig sich lichtenden Schweizerregimenter im Dienste des Kaisers bereitete mannigfache Sorgen. Nicht weniger drückend war die 1806 gegen England erlassene Kontinentalsperre. Mit ihr hemmte ein lästiges Kontroll- und Spitzelsystem Handel und Verkehr, mußten doch fortan auch zu Klingnau vor dem Kaufhause alle Handelswaren unter gemeinderätlicher Kontrolle abgeladen werden. Beschwerden und Drohungen wegen zu lässiger Durchführung der Sperre, Konfiskationen von Waren und andere Schikanen wirkten besonders lähmend auf die Zurzacher Messen.

Trotzdem war das Leben im ganzen erträglich. Man besann sich auf Werke, die im Drange der früheren Jahre unerfüllt geblieben waren. 1806 ließ der Rat zu Klingnau die völlig zerfallene Stadtmauer auf der Sioner Seite ausbessern. Der Unterhalt der Mauer gehörte zwar in den Pflichtenkreis der Hausbesitzer an der Sonnengasse, die als Entgelt den zwischen Häusern und Mauer gelegenen Raum als Gartenland nutzen durften. Man gab nun den Verteidigungscharakter der Mauer preis, ließ sie allenthalben bis auf Brusthöhe abtragen und mit Ziegeln eindecken. Zwischen den Gärten des Pfarr- und Kaplaneihauses wurde durch die Mauer ein Durchgang gebrochen. Bald beschäftigten auch andere öffentliche Bauten die Gemeinde.

In stärkerem Maße befaßte man sich mit Schulfragen. 1803 bewirkte das Angebot des Bürgers Joseph Reinle, zur Entlastung des städtischen Schulmeisters Joseph Häfele eine Anzahl Kinder zu unterrichten, die Eröffnung einer Nebenschule, für die eine Stube eingeräumt und das Holz für die Heizung bewilligt wurden. In den folgenden Jahren behandelte der Rat wiederholt den Plan der Errichtung einer Lateinschule. 1804 schickte er eine Abordnung an den Abt von Wettingen, den damaligen Vizepräsidenten des aargauischen Schulrats. Dieser erklärte, er stehe der Idee eines katholischen Gymnasiums in Klingnau wohlwollend gegenüber und werde sie unterstützen. Er beauftragte den Großkeller des Klosters, in Aarau darüber vorzusprechen und sich dort auch mit alt Obervogt von Schmid zu verständigen. Die Ratsprotokolle berichten öfter noch vom Gym-

nasium. Aber wie in Baden und an andern Orten kam man zur Freude der Aargauer Kreise, die im Aargau keine zweite Kantonschule aufkommen lassen wollten, nicht über vage Wünsche und Befreiungen hinaus. Einige Jahre später, als in den Oberbehörden die Liberalen die Mehrheit gewannen, war vom Zugeständnis eines Gymnasiums an den katholischen Kantonsteil schon gar keine Rede mehr.⁴

Böse Tage kamen für die Klingnauer Bürgerschaft, als nach der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 eine Armee von gegen 200 000 Mann unter dem Fürsten von Schwarzenberg auf breiter Front zwischen Basel und Schaffhausen am 21. Dezember den Rhein überschritt, um von der Schweiz aus zum Endkampf gegen den geschlagenen Kaiser Napoleon anzutreten. Bernische Junker hatten sich um diesen schlimmen Bruch der schweizerischen Neutralität besonders eifrig bemüht, da sie mit Hilfe der fremden Waffen die alten Untertanenverhältnisse wiederherzustellen, den Aargau und die Waadt zurückzugewinnen hofften. Der Durchmarsch brachte der Schweiz ungeheure Lasten. Er kam teilweise einer Besetzung gleich, beherbergte doch allein Basel, das am stärksten betroffen war, innert einem halben Jahr gegen 800 000 Mann, darunter 1875 Generäle und 5810 Obersten. Die schlimmste Zugabe des Durchmarsches aber folgte auf dem Fuße mit den zahllosen Typhusfranken, den Soldaten mit dem Nervenfieber, das seit dem Feldzug Napoleons nach Russland ständiger Begleiter der im Kampfe stehenden Armeen geworden war.

Am Tage des Grenzübertritts der Österreicher beschloß die Gemeindeversammlung zu Klingnau die Schaffung eines Quartieramts. Ihm war die Führung der Quartierlisten, die Kontrolle der Fouragelieferungen und der Requisitionsfuhren, die Anlage eines Verzeichnisses von Häusern für die Einquartierung von Offizieren überbunden. Wenige Tage später trafen die ersten Berichte ein, daß unter den einmarschierenden Soldaten der Typhus und unter den ungarischen Schlachtochsen die Viehseuche herrsche, weshalb sofortige Maßnahmen zur Absperrung getroffen wurden. So war bald Schlimmeres als nur eine Einquartierung zu erwarten.

Die österreichische Heeresleitung bemühte sich vorerst, eine ge-

⁴ E. Jörin a. a. O. 369 ff. — O. Mittler in „100 Jahre Bezirksschule Baden 1855—1955“ S. 3 f.

nügende Zahl von Gebäuden zur Einrichtung von Militärspitälern zu finden. Aufgehobene Klöster und Schlösser kamen hierfür besonders in Betracht. Schon am Sylvester 1813 inspizierte ein österreichischer, vom Hauptquartier in Rheinfelden ausgesandter Oberarzt die Propstei und Sion. Das unter dem Vorsitz von Oberst Schmiel stehende kantonale Verpflegungsamt in Aarau war offenbar mit der Beschlagnahme der beiden Klingnauer Gebäude umso eher einverstanden, als es glauben mochte, einer Verschleppung der Seuche ins Innere des Kantons damit vorbeugen zu können. Wohl aus diesem Grunde war man in Aarau gegen die Errichtung eines Spitals in Königsfelden, dessen Gebäude sich hierzu jedenfalls noch besser geeignet hätten.⁵

Klingnau selber konnte in dieser Angelegenheit nicht mitreden. Vor vollendete Tatsachen gestellt, bemühte sich die Stadt in letzter Stunde, wenigstens die Propstei von Kranken frei zu halten, weil man besonders von dort her Unstetigkeit unter der Bürgerschaft befürchtete. Sie regte die Verlegung des einen Spitals ins Schloß Bernau bei Leibstadt an. Aber wenn auch die aargauische Regierung das Gesuch wohlwollend entgegennahm, zu einer Entsprechung kam es wegen der sich überstürzenden Ereignisse gar nicht mehr. Das Pflegepersonal für die Spitäler, im ganzen 80 Personen, langte an und wurde bei den Bürgern einquartiert.

Wenige Tage später folgten auf Wagen die bedauernswerten Kranken in ununterbrochenem, ständig sich mehrendem Zuge. Propstei und Sion reichten nicht mehr aus. Auch das Schloß wurde requirierte, obwohl man alt Obervogt von Schmid, dessen Pächter, zugesichert hatte, es nur im äußersten Notfalle benützen zu wollen. Ein Bericht des Bezirkskommisärs vom 19. Januar 1814 erklärt, zu Klingnau sehe es abscheulich aus. Die drei Spitäler genügten nicht mehr; auch das Rathaus müsse zur Unterbringung der Kranken herhalten. Ende Januar befanden sich in allen Gebäuden über 1500

⁵ Vgl. W. Oechsli, Geschichte der Schweiz im 19. Jahrh. II, 17 ff. — Der selbe, Der Durchzug der Alliierten durch die Schweiz 1813/14. Neujahrsblatt 3. Besten des Waisenhauses Zürich I und II. — E. Zschokke, Oberst J. N. von Schmiel. Tb. der aarg. histor. Gesellsch. 1910. — Zu den Klingnauer Vorgängen hat B. Billiger, Das Alliierten-Spital und der Kaiserliche Gottesacker. Klingnau, f. Bürli 1901, eine Reihe von Akten zusammengestellt, aus denen sich der Ablauf der Ereignisse rekonstruieren lässt.

Kranke, während man ursprünglich von 500, höchstens 800 Mann gesprochen hatte. Aber auch dann hörte der Zustrom nicht auf, so daß Mitte Februar die Zahl der Kranken auf 2500 stieg. Die Kommande Leuggern und das Schloß Bernau waren inzwischen ebenfalls in Spitäler umgewandelt worden. Erleichterung wollte sich noch nicht zeigen, obwohl nun auch anderwärts, so in Rheinau, große Lazarette sich aufgetan hatten. In Sion lagen die Kranken auf Stroh eng aneinander gepfercht sogar in den Gängen.

Bei dieser Sachlage nahm die Sterblichkeit unter den Soldaten und die Unstetigungsgefahr in erschreckendem Maße zu. Es war eine Polizeiwache von 39 Mann zur Bewachung der Spitäler und für die Absperrmaßnahmen aufgeboten worden. Deren Verpflegung ging im wesentlichen zu Lasten der Gemeinde. Erst im März wurde sie abgelöst und durch österreichische Landwehr ersetzt. Nach den Verhandlungen des Kleinen Rats in Aarau bestand gerade damals die Absicht, in Klingnau das österreichische Hauptfeldspital einzurichten. Dann beruhigte man die Klingnauer, es werde nicht dazu kommen. Trotzdem rückte am 12. März die zweite Kolonne des Hauptfeldspitals Nr. 3 mit 2 Oberoffizieren, 16 Ober- und Unterärzten, 3 Fournier, 84 Mann und 4 Funktionären der Feldapotheke ein. Die Klingnauer Häuser Nr. 1 in der Propstei, Nr. 2 in Sion und Nr. 3 im Schloß galten fortan doch als das eigentliche Hauptspital der Österreicher im Abschnitt oberhalb Basel.

Bei der Knappheit der Lebensmittel verursachte die Verpflegung der Spitäler bedeutende Arbeit. Schwierig gestaltete sich der Einkauf von Fleisch, da immer noch die Gefahr der Seuchenverschleppung bestand und die Lieferanten in leichtfertiger Weise die polizeilichen Vorschriften zu umgehen suchten. Beträchtlich waren die Kosten, die der Kanton und die Gemeinden für den Unterhalt der Spitäler aufzuwenden hatten. Sie betrugen schon bis Ende Januar 1814 ungefähr 736 000 Franken, woran die österreichische Heeresleitung eine Abzahlung von etwa 100 000 Franken leistete. Die Gesamtkosten des Durchmarsches der Alliierten betrugen im Aargau 1815 000 Franken, wovon etwa 308 000 auf den Staat, der Rest auf die Gemeinden entfielen. Mehr als die Hälfte der staatlichen Ausgaben war für die Spitäler aufgewendet worden. Der Bezirk Zurzach hatte an die Kosten der Gemeinden den verhältnismäßig hohen Betrag von 98 602 Franken, fast soviel wie der Bezirk Aarau, zu leisten. Was

Klingnau und die Bürgerschaft insgesamt ausgegeben haben, ist nicht zu ermitteln.⁶

Eine gewisse Rolle spielte nachträglich die Frage des Schadensersatzes für die Benützung der Gebäude als Militärspitäler. Schloß und Kloster Sion waren damals schon Staatseigentum. Für sie stellte der Kanton keine besondere Forderung. Anders verhielt es sich mit der Propstei, die durch Kauf zuerst an die Juden Moses und Joseph Guggenheim und 1813 von diesen an die Klingnauer Lorenz und Franz Joseph Pfister gelangt war. In erster Linie mußten die eigentlichen Gebäudeschäden festgestellt werden. Nachdem dies geschehen war, setzte der Kleine Rat des Aargaus die Entschädigung auf 60 Louisdors (etwa 1000 franken alte Währung) an und ließ die Summe im Dezember 1814 auszahlen. Alle Bemühungen der Eigentümer, mehr zu erhalten, blieben ohne Erfolg.⁷

Indes nahm unter den Typhusfranken das Sterben bald in fürchterlichem Maße zu. Ihre Lage war umso trostloser, als anfänglich in die Spitäler keine feldgeistlichen beordert worden waren. Da übernahm der im August 1799 an die Klingnauer Kirche gewählte Pfarrer Franz Xaver Schaufelbühl die Pastoration der Kranken. Doch erlag er schon am 9. Februar 1814 der Seuche, ein Opfer treuer Pflichterfüllung. Das Bezirksamt erließ darauf eine Verfügung, welche die Ausbreitung der Epidemie unter der Zivilbevölkerung eindämmen sollte. Über Absperrmaßnahmen hinaus ordnete es eine primitive Desinfektion mit Verbrennen von Wachholdersträuchern und der Anwendung von Vitriolöl an.

Bis zur Aufhebung der Spitäler sind von der Seuche 28 Personen aus der Bürgerschaft weggerafft worden. Viel schlimmer stand es mit der Sterblichkeit unter den Soldaten, mußten doch zeitweise täglich ihrer 30 bis 50 unterhalb des Städtchens auf einem abgelegenen Allmendplatz in Massengräbern beigesetzt werden. Nach dem Abzug der Österreicher und dem Aufhören des Sterbens wurde die Begravnisstätte mit Kalk überschüttet und zur Verhinderung künftigen Weidganges mit Föhren bepflanzt. Am 8. Juli 1815, dem ersten Jahrestag der Liquidation der Spitäler, beschloß der Gemeinderat, ein Kreuz auf dem Massengrab zu errichten. Dieses gibt uns noch Kunde,

⁶ Vgl. die Zusammenstellungen bei E. Jörin a. a. O. 394 f. — B. Bilger a. a. O. 57 ff.

⁷ St. A. Aargau, Prot. d. Kl. Rats 1814, 1815. — Bilger a. a. O. 83 f.

daf̄ in den Lazaretten vom 10. Januar bis 26. Juni nicht weniger als 3000 Österreicher an der Epidemie gestorben sind.

Säkularisation der geistlichen Stifte.

Die Helvetik hat sich aus ihrer Geldnot an den Gütern der Kirche zu erholen gesucht, die Klöster und Stifte mit Sequester belegt, im Prinzip deren Aufhebung beschlossen und sie durch den Erlaß eines Novizenverbots praktisch auf den Aussterbeat gesetzt. Das Vermögen der Klöster sollte Nationaleigentum werden. Zur sofortigen, radikalen Aufhebung ist man aber nicht geschritten.

Der Sequester erstreckte sich anfänglich nicht auf Güter und Gefälle in Helvetien, die auswärtigen Klöstern gehörten. St. Blasien wurde also davon in den Propsteien Klingnau und Wislikofen und in Sion nicht betroffen. Aber später ordnete der helvetische Finanzminister doch den Sequester an mit der Begründung, der Klingnauer Propst habe das Kapellengut von Böbikon sowie Wertsachen und Urkunden der Propstei über den Rhein geflüchtet. So erfolgte die Ausweisung des Propstes und der Sioner Mönche, „da ihre üble Gesinnung und ihre Ränke genügend bekannt“ seien. Den Vollzug wagte man, weil die gärende Stimmung im Volke bekannt war, erst unter dem Schutz der französischen Bajonette.

Die Einquartierung der Franzosen sorgte dann rasch für den ökonomischen Zerfall der Häuser. Schon im Jahre 1800 überließen deshalb die helvetischen Behörden die beiden Propsteien und Sion wieder der Abtei St. Blasien, die den früheren Propsteiverwalter, alt Stadtschreiber Schleiniger, als Administrator über alle drei Sitze bestimmte. Die Mönche kehrten nun in ihre Heimstätten zurück.

Die staatliche Verwaltung dauerte auch im Verenastift und in der Komturei Leuggern nicht lange. Nachdem die Vorräte aufgezehrt waren, hatte man wenig Gewinn mehr zu erwarten, da die Haupteinnahmequellen der früheren Zeit, Zehnten und Grundzinsen, zum Teil versiegt waren. Darum gab man diese Güter vor Ablauf der Helvetik ihren Eigentümern zurück mit dem üblichen Vorbehalt, daß nichts veräußert werden dürfe und jährlich den Behörden Rechenschaft über Aktiven und Passiven abzulegen sei.⁸

Der Anstoß zur Säkularisation der geistlichen Stifte um Kling-

⁸ St. A. Aargau, Akten 3974. — Dazu besonders Leuthold, Kt. Baden, Seite 187 ff. — H. J. Welti, Stadtschreiber von Klingnau S. 30.

nau erfolgte erst nach der Helvetik und von außen her. Im Frieden von Lunéville wurden die deutschen Fürsten zur Abtretung des linken Rheinufers an Napoleon gezwungen. Sie entschädigten sich dafür inreichlichem Maße durch die Liquidation der kleinen weltlichen und vor allem der geistlichen Fürstentümer. Dieser Maßnahme fiel der gesamte Besitz des Bischofs von Konstanz und der im Aargau reich begüterten Abteien Säckingen und St. Blasien zum Opfer. Daselbe war mit den Ritterorden der Fall.

Die aargauische Regierung folgte dem Beispiel der deutschen Fürsten und beschlagnahmte 1806 die Komtureien Rheinfelden und Leuggern. Bezirksamtmann Abraham Welti legte ein Inventar des Vermögens im Hause Leuggern an. Er kam dabei auf eine Gesamtschätzung von einer halben Million Franken. Die Gefälle aus den Abgaben und Grundzinsen waren dabei mitgerechnet. Sie machten, mit dem 20fachen Betrag kapitalisiert, etwa die Hälfte des Vermögens aus.⁹

Gering war der bischöfliche Besitz zu Klingnau veranschlagt, nämlich bloß auf 13 200 Gulden, ca. 18 000 Franken, was mit der oben erwähnten Taxation des Schlosses auf 18 185 Franken ziemlich genau übereinstimmt. Rechtsnachfolger des Bischofs war der Großherzog von Baden, mit dem die Kantone Thurgau, Zürich, Schaffhausen und Aargau 1804 über den Ankauf der in ihrem Gebiete gelegenen Güter verhandelten. Für den Gesamtbesitz von 1 749 510 Gulden, der sehr stark verschuldet und mit vielen Verbindlichkeiten belastet war, entrichteten die Kantone noch 440 000 Gulden und nahmen damit die ehemals bischöflichen Güter und Gefälle an sich. Das Schloß Klingnau wechselte immerhin seinen Bewohner noch nicht, da es der Aargau dem alt Obervogt von Schmid in Pacht gab.¹⁰

1817 brachte die aargauische Regierung das Schloß auf öffentliche Versteigerung. Es meldete sich aber kein Liebhaber, weshalb die Finanzkommission angewiesen wurde, „die Versilberung dieses Staatsguts“ mit einem weiteren Angebot von Rebgelände zu bewerkstelligen. Darauf kam der Verkauf zustande. Das Schloß ging an die bisherige Pächterfamilie und zwar an den Friedensrichter von Schmid in Böttstein über um den Preis von 10 500 Franken. Der

⁹ E. Jörin a. a. O. 149.

¹⁰ Über die finanziellen Einzelheiten H. Baier, Beziehungen Badens zur Eidgenossenschaft. ZGOR. N.f. 50, 534 ff.

Große Rat erteilte dem Verkauf noch im gleichen Jahre die Ratifikation. Der Erlös blieb erheblich unter der im Jahre 1800 aufgestellten Taxation.¹¹

Sehr komplexer Natur war die Verstaatlichung des Besitzes der Abtei St. Blasien, der auf Schweizer Boden durch die Pöpste in Klingnau und Wislikofen, den Prior von Sion und die Schaffner in Schaffhausen, Kaiserstuhl, Zürich und Basel verwaltet wurde. Ein ehemals österreichischer Finanzbeamter schätzte 1806 im Auftrag der Regierung von Karlsruhe sämtliche Vermögenswerte und gelangte für die Güter in der Schweiz auf die Summe von 637 777 Gulden. Nicht weniger als zwei Drittel entfielen auf die Propstei Klingnau mit 305 859 und auf Sion mit 112 265 Gulden. Davon waren noch Schulden abzuziehen, in der Propstei 30 487, in Sion 3681 Gulden. Das Reinvermögen betrug somit bei der ersten 275 372, bei Sion 108 548 Gulden. An Reineinkünften ermittelte man für die Propstei 10 934 Gulden, für Sion 3049, denen an Lasten 1219 beziehungsweise 147 Gulden gegenüberstanden. Die Reineinkünfte beliefen sich in der Propstei auf 9715, in Sion auf 2902 Gulden.

Bei einer im folgenden Jahre vorgenommenen Revision dieser in Karlsruhe nicht befriedigenden Inventaraufnahme kam man teilweise auf höhere Beträge. Die Häuser des Klingnauer Amtssitzes wurden nun auf 57 800 Gulden, das Propsteigebäude allein auf 29 000 geschätzt. Diese Beträge entsprechen ungefähr der oben erwähnten, um 1800 zu Klingnau durchgeführten Selbstdaration der Bürgerschaft und der Korporationen. Nach jener Taxation belief sich der Wert der Liegenschaften der Propstei im Klingnauer Bann auf 69 559 Franken. Bei der Inventaraufnahme von 1806, die sich auf ein durch die helvetische Regierung zu Steuerzwecken angelegtes Kataster von 1801 stützte, erhielt man für die nämlichen Objekte den Betrag von 48 787 Gulden, was mit der vorstehenden Summe in Franken ungefähr übereinstimmt.¹²

Doch ist wohl zu beachten, daß der Wert dieser Bauten mit der Säkularisation sehr stark zurückging. Einmal hatten sie durch die Einquartierung in der Helvetik sehr stark gelitten. Dazu konnten sie nach ihrer Anlage und Einrichtung beim Übergang in Privatbesitz

¹¹ St. A. Aargau, Prot. d. Kleinen Rats 1817.

¹² Der Zürcher Gulden entspricht um diese Zeit wohl wie 1798 dem Wert von 1,50 Fr. und ist 1807 etwa 1,10 Reichsgulden gleichzusetzen. Strickler, Actensammlung II, 201. — H. Baier a. a. O. 551.

niemals den gleichen realen und ideellen Ertragswert haben wie in ihrer ursprünglichen Zweckbestimmung. Deshalb erklärte der Zürcher Junker Escher zu Berg, der 1807 mit Karlsruhe über deren Kauf verhandelte, es werde niemandem einfallen, für die Propsteigebäude Klingnau auch nur 6000 Gulden zu bezahlen. Die helvetische Katasterverschätzung von 1801 sei viel zu hoch gegangen, weil man St. Blasien mit Steuern habe schröpfen wollen. Wie aber der Vergleich dieser Katasteraufnahme von 1801 mit der erwähnten Selbsttaxation von 1800 zeigt, ist eigentlich der Vorwurf Eschers nicht gerechtfertigt. Die Entwertung der Gebäude ging vielmehr auf die andern Gründe zurück. Vor allem wußte man nach der Säkularisation mit den Häusern nichts Rechtes anzufangen.

Die Karlsruher Regierung suchte den gesamten Besitz St. Blasiens in der Schweiz zu verkaufen. Die Verhandlungen mit dem Junker Escher zerschlugen sich aber, weil er zu wenig bot. Darauf wurden in Einzelverkäufen verschiedene Güter, so ein Hof in Böttstein um 1100 Gulden und die Lehnmühle in Döttingen um 7975 Gulden abgesetzt. Doch gelangte man auf diesem Wege zu keinem Ziel. Schließlich fanden sich Käufer des Ganzen in den beiden Juden Moses und Joseph Guggenheim aus Lengnau, die im Mai 1812 die Propsteien Klingnau und Wislikofen, die Schaffnerei Kaiserstuhl und den noch nicht veräußerten Besitz in den Kantonen Zürich und Schaffhausen um 390 000 Gulden erwarben. Nachträglich mußten von dieser Summe 30 000 Gulden nachgelassen werden, weil man die auf den Gütern haftenden Lasten und Verpflichtungen unterschätz und die Verschiedenheit der Maße nicht in Rechnung gestellt hatte.¹³

Die Käufer mögen bei der Erwerbung schon Aussicht auf Weiterverkauf, wenigstens der Güter im Aargau, gehabt haben. Vielleicht handelten sie als Mittelsmänner für die Aargauer Regierung. Denn schon im Oktober 1812 traten sie allen ehemaligen Besitz St. Blasiens in den Bezirken Zurzach und Baden um die Summe von 270 000 Fr. dem Kanton ab. Vorher hatten Verhandlungen mit der großherzoglichen Regierung über die Dotations der Pfarrkirchen Kirchdorf, Schneisingen und Wislikofen, der Kollaturen St. Blasiens, stattge-

¹³ Vgl. die vorzüglichen Ausführungen besonders über die finanzielle Seite der Sache bei H. Baier a. a. O. 542 ff., 545 und 556 ff. — Die beiden Guggenheim — in den Akten „Gugenheim“ — stammten aus Lengnau, nicht aus Tecknau, wie Baier wohl auf Grund eines Verschrebs seiner Vorlagen S. 558 bemerkt.

funden. Der Aargau seinerseits verkaufte 1813 das Propsteigebäude zu Klingnau weiter an die Klingnauer Franz Joseph Pfister und den Rebstockwirt Lorenz.¹⁴

Ein anderes Schicksal hatte das Klösterchen Sion, um das sich mit der Säkularisation ein langwieriger Streit zwischen dem Großherzog von Baden und der Aargauer Regierung anhob. Die Propsteien Klingnau und Wislikofen hatten als unbestrittenes Eigentum St. Blasius durch Baden ohne Einspruch des Aargaus veräußert werden können. Von Sion aber erklärte man in Karlsruhe wohl, es sei durch die Abtei im Schwarzwald 1724 in geistlicher und weltlicher Hinsicht (*tam quoad spiritualia quam temporalia*) inkorporiert worden. Die Aargauer Regierung jedoch bestritt die Totalität der Inkorporation und berief sich darauf, daß nach 1724 die regierenden Orte der Grafschaft Baden weiterhin die Schirmvogtei über Sion ausgeübt und die jährliche Rechnungsablage gefordert hätten. Es habe 1724 keine käufliche Abtretung an St. Blasien stattgefunden und durch die regierenden Stände sei auf die Herrschaftsrechte nicht verzichtet worden.

Deshalb verhinderte der Aargau die Besitznahme und den Verkauf der Sioner Güter durch den Großherzog, nahm nach ergebnislosen Verhandlungen 1809 das Priorat ganz unter staatliche Verwaltung und pensionierte die drei noch verbliebenen Klosterinsassen. Allein die Regierung in Karlsruhe antwortete mit Repressalien. Sie legte nördlich des Bodensees befindliches Eigentum der Kantone Schaffhausen, Thurgau und Zürich, das aus Säkularisationen stammte, unter Sequester. Der Aargau mußte, damit diese Kantone nicht zu Schaden kamen, einlenken und zu einer Abfindung sich bereit erklären. 1812 einigten sich die Unterhändler der beiden Parteien auf einen dem Aargau günstigen Vertrag, der aber vom Großherzog nicht ratifiziert wurde.

Die Tröllerei um Sion ging dann weiter und zog sich bis 1819 hin.¹⁵ Dringlich wurde eine Verständigung, als 1817 die großherzog-

¹⁴ Jörin a. a. O. 165. — B. Bilger, Alliierten-Spital S. 24.

¹⁵ Ein umfangreiches Dossier darüber befindet sich im St. A. Aargau, K W 3 E. Über die „Sioner Frage“ gibt Jörin a. a. O. 165 ff. auf Grund der Aarauer Akten eine gedrängte Zusammenfassung. Vor ihm behandelte dasselbe Thema H. Baier in der mehrfach zitierten Arbeit über die Beziehungen Badens zur Eidgenossenschaft und die Säkularisation S. 568 ff. und in der Festgabe zum 70. Geburtstag H. Finkes (1925) S. 508 f.

liche Regierung alles schweizerische in Baden gelegene Staats- und Korporationsgut beschlagnahmte. So entstand daraus eine eidgenössische Angelegenheit. Unter ungünstigeren Umständen als 1812 mußte der Aargau zur endgültigen Lösung der „Sioner Frage“ Hand bieten. Diese war übrigens nicht das einzige der Regelung harrende Problem. Baden stellte noch höhere Forderungen im Fricktal, die aus der Liquidation des Klosters Säckingen und der Komturei Beuggen hervorgegangen waren. Nach mehrmaligen Verhandlungen in Karlsruhe kam es im Juli 1819 zur Einigung. Der Großherzog verzichtete auf Sion und auf die Rechtstitel im Fricktal gegen eine Entschädigung von 275 000 Gulden oder 400 000 Franken, die der Aargau großenteils bar, den Rest durch Übernahme von Schuldtiteln zahlte. Das Priorat Sion war im Laufe der Verhandlungen auf 124 000 Gulden, also höher als früher, gewertet worden. Der Aargau mußte seinen aus der Säkularisation gewonnenen Besitz ziemlich teuer kaufen. Der Großherzog aber, dessen Forderungen ohnehin rechtlich auf schwankem Boden standen, durfte mit dem Ergebnis zufrieden sein.¹⁶

Für Klingnau bedeutete der Untergang Sions eine harte Einbuße. Noch 1806 hatte die dort bestehende Lehranstalt 23 Schüler gezählt, die in 6 Klassen von 6 Benediktinern bis zum Übergang in die Philosophie unterrichtet wurden. Der Stadtrat bemühte sich in einer Eingabe an die aargauische Regierung vergeblich um die Fortführung der Schule. Sie wurde aufgehoben.

Was mit den Klostergebäuden Sions geschah, bildet ein trübes Kapitel für sich. Der Kanton suchte vorerst von dem teuer erworbenen Besitz einiges loszuschlagen. 1816 veräußerte er den Sioner Hof im Sennenloch zu Döttingen mit dem dazu gehörenden Rebberg. Im gleichen Jahre übertrug er die Kapelle auf dem Achenberg der Stadt Klingnau. Die Sioner Kirche wurde nach und nach geräumt. Die Paramenter überwies er der Stadtkirche Aarau für den im dortigen Chor seit 1803 bewilligten katholischen Gottesdienst. In Sion hätte man jährlich 14 Totenmessen halten sollen. Diese wurden mit dem Stiftungskapital von 181 Franken der Pfarrkirche zugeteilt. Bald erfolgte der Verkauf der Orgel.

1821 verfügte der Kleine Rat die Vereinigung der Klosterbücherei mit der Kantonsbibliothek, ein Jahr später die Beseitigung des ewigen Lichts. Auswärtige Gemeinden meldeten sich zur Mithilfe

¹⁶ H. Baier a. a. O. 571 f.

beim Abbruch des Gotteshauses, so schon 1823 die Döttinger, die sich in Sion Materialien für den Bau einer eigenen Kirche holen wollten, von der Regierung aber abgewiesen wurden. Ein 1826 und nachher wiederholt gestelltes Gesuch der Kirchgemeinde Wislikofen um Überlassung von zwei Glocken und ein anderes der Siggenthaler von 1824 um Abtausch des Hochaltars fanden in Aarau kein Gehör. Dagegen erhielt die Gemeinde Döttingen bei Anlaß ihres Kirchenprojekts von 1834 und im Zusammenhang mit der Ablösung von der Pfarrei Klingnau doch die beiden Seitenaltäre aus Sion. Ein Käufer für das Klosterareal fand sich all die Jahre hindurch nicht. Erst 1835 wurde es an Markus Dreifuß verpachtet, der in den Gebäuden eine landwirtschaftliche Anstalt einrichten wollte.¹⁷

5. Eingliederung in den modernen Staat.

Verhältnis der Gemeinde zum Kanton.

Die letzten 130 Jahre der inneren Geschichte Klingnaus haben keine großen Wellen geworfen. Es zeigte sich hier wie in andern Gemeinden des Kantons, daß Bürgerschaft und Verwaltung eine gewisse Zeit brauchten, um sich in die neuen Verhältnisse zu finden.

Vor 1798 war es der Stadt möglich gewesen, in Verwaltungsfragen ziemlich eigenwillige Wege zu gehen. Nun aber regelten die kantonale Verfassung und zahlreiche Gesetze den Geschäftsgang viel bestimmter als früher. Wohl war die Gemeinde innerhalb dieses gesetzlichen Rahmens autonom. Aber der Kanton wachte darüber, daß die Bürgerschaft von der Autonomie den zweckdienlichen Gebrauch mache.

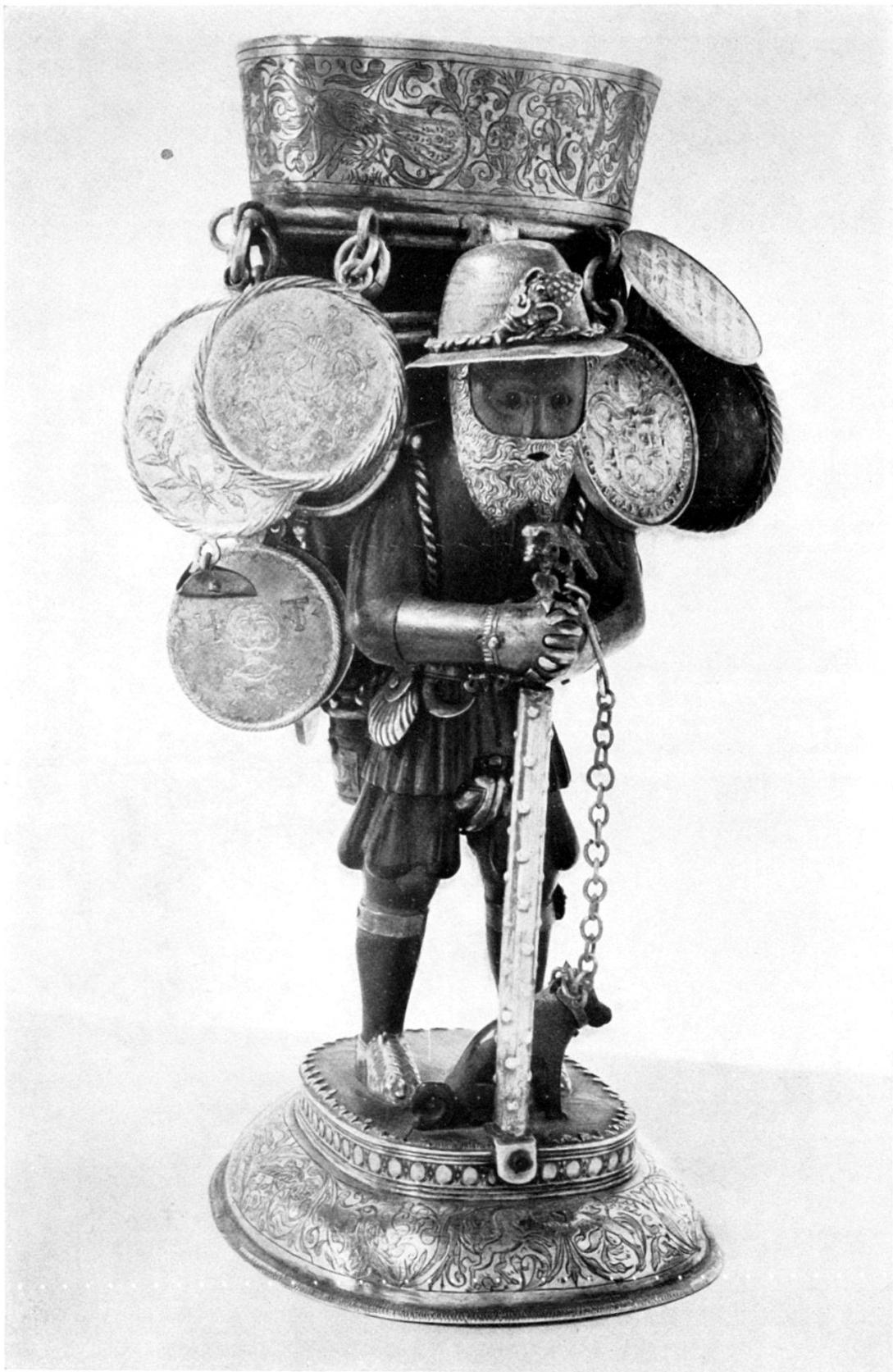
Klagen der Aufsichtsbehörden über mangelhafte Amtsführung in der Gemeinde kamen etwa vor. Der Gemeinderat gab 1824 selber den Anstoß zu einer Untersuchung, indem er den ehemaligen Stiftsamtmann Schleuniger bei der Regierung wegen widergesetzlichen Verhaltens bei den Gemeinderatswahlen verklagte. Der Regierungsrat aber erklärte das Vorgehen des Beklagten als begründet und ließ das Rechnungswesen der Stadt durch einen besondern Kommissär, den Bezirksrichter Conrad in Aarau, untersuchen. Infolgedessen wurde der Gemeindeammann abgesetzt. Nach dem Berichte Conrads hatte sich der Stadtrat nicht nur nachlässig im Vollzug der obrigkeitlichen Ver-

¹⁷ St. A. Aargau, Prot. des Kl. Rats 1816—1835.



Hieronymus Höfle, geb. 1752, und dessen Frau Maria Magdalena, geb. Steigmeyer
Ölbilder von Johann Baptist Höfle, Neffe des Hieronymus, Hofmaler in Wien, geb. 1754, gest. 1832
Gemälde im Besitze von Joh. Schleuniger, Maler in Klingau. Photo J. O. Schleuniger





Phot. Marg. Kunstdenkmäler
Büttenträger in der Gemeindekanzlei Klingnau
1. Hälfte 17. Jahrhundert

ordnungen gezeigt. Es wurden auch Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung festgestellt. Unter anderem fehlten die Abrechnungen über das Ungeld und über das an den Markttagen erhobene Standgeld. Guthaben der Gemeinde waren nicht eingefordert worden.

1826 wählte man Stiftsamtmann Schleuniger in den Stadtrat. Der alte Rat wurde von der Regierung für den entstandenen Schaden behaftet. Drei seiner Mitglieder erklärten sich aber als zahlungsunfähig. Der Personenwechsel brachte noch keine befriedigende Lösung. 1828 reduzierte die Regierung im Einverständnis mit dem Grossen Rat die Mitgliederzahl des Stadtrats auf drei, die nicht von der Gemeinde gewählt, sondern von Aarau aus ernannt wurden. Erst 1831 hörte die vom Kanton eingesetzte außerordentliche Administration auf.¹

Auch später scheint die Stadt in der Bestellung ihres Rates nicht immer Glück gehabt zu haben. Nach langen, durch politische Gegenfäsze genährten Umtrieben wurde 1857 der Gemeindeammann abberufen und im folgenden Jahre durch Bezirks- und Obergericht wegen Veruntreuung von Gemeindegeldern zu einer Freiheitsstrafe verurteilt.²

Dass derartige Vorgänge kaum geeignet waren, den Wunsch Klingnaus um Verlegung des aargauischen Lehrerseminars in die Räume Sions bei den kantonalen Behörden Nachachtung zu verschaffen, ist klar. Die Sache wurde für die Stadt hinfällig mit dem Schulgesetz von 1835, das bestimmte, dass die Gemeinde, der das Seminar zugesprochen werde, für Bereitstellung, baulichen Unterhalt und Beheizung der Räume aufzukommen habe.³

Immerhin wird das Verhältnis der Gemeinde zum Kanton durch Versager in der Verwaltung kaum wesentlich belastet worden sein. Es brauchte eben Geduld, bis die beiden Instanzen auf die gegenseitige Rolle eingespielt waren und zu lebendiger Wechselwirkung kamen.

In den politischen Kämpfen von 1840 bis 1874.

Die Regeneration der dreißiger Jahre hat die Volksrechte gefördert und den neuen Staat geformt. Damals stand der Aargau im

¹ St. A. Aargau, Prot. des Reg. Rates und Akten Klingnau.

² Vgl. „Die Botschaft“ vom 21. II. 1857 und 3. VII. 1858.

³ St. A. Aargau, Prot. Reg. Rat 1832, 1834. — J. Keller, Das Aargauische Lehrerseminar. Baden 1897, S. 36.

Ringen um die eidgenössische Erneuerung in vorderster Front. Seine seit der Badener Konferenz von 1834 gegen Kirche und Klöster geführten Schläge, die nach der Verfassungsrevision von 1841 im freieren Sturm ausgelöste Reaktion und die Aufhebung der Klöster haben ohne Zweifel die katholische Bevölkerung des untern Aaretals unter stärkster Spannung gehalten. Von einer allgemeinen Erhebung des Bezirks Zurzach zur Unterstützung der freiämter Bauern war aber nicht die Rede. Wohl zogen auf Antrieb des im Schloß Böttstein hausenden Hauptmanns Schmid, eines Mitglieds des Bünzener Komitees, am 11. und 12. Januar Mannschaften aus dem Kirchspiel Leuggern, von Klingnau und Döttingen gegen Würenlingen und Siggenthal, lösten sich aber hier schon auf, als sie die Kunde vom Mislingen des freiämter Aufstands erreichte.

Unmittelbar darauf ließ die Regierung die Orte, die am Aufstand irgendwie beteiligt waren, militärisch besetzen. Klingnau bemühte sich, die Einquartierung der von Hauptmann Beck geführten Truppen abzukürzen. Schon am 21. Januar wurden diese auf Befehl des Oberkommandierenden Frey-Herosé zurückgenommen. Der Gemeinderat mußte die feierliche Zusicherung geben, daß er für Ruhe und Ordnung sorgen und eine Bürgerwache von 20 Mann unter den Waffen halten wolle. Er berief die Gemeindeversammlung ein und ermahnte sie, zur Vermeidung weiterer Schwierigkeiten Ruhe zu bewahren.⁴

In den Auseinandersetzungen, die dem Sonderbundskrieg zutrieben und 1848 nach Jahren unglücklichen Haders den schweizerischen Bundesstaat zur Folge hatten, ist Klingnau nicht mehr hervorgetreten. Um so mehr hat sich einer seiner Bürger, der 1810 geborene Johann Nepomuk Schleuniger, am Kampf gegen den radikalen Kurs der Aargauer Regierung beteiligt. Schleuniger war nach Studien an den Universitäten Berlin und München, wo Schelling und besonders Görres maßgeblichen Einfluß auf seine geistige Entwicklung gewonnen hatten, 1836 als Lehrer an die Bezirksschule Baden gewählt worden. Hier wandte er sich im Klosterstreit immer mehr der Politik zu, gründete das konservative Blatt „Limmatstimme“ und ließ sich durch den Kreis Klingnau in den Grossen Rat wählen, in dem er nicht ohne Geschick und mit großer Schärfe die Opposition führte.

⁴ Sta. Klingnau, Prot. von Gemeinderat und Gemeindeversammlung 21. und 31. I. 1941. — Vgl. F. X. Bronner, Der Kanton Aargau II, 169.

Die Regierungskreise holten zum Gegenschlag aus. Bezirkschulpflege und Schulrat Baden eröffneten gegen ihn ein Disziplinarverfahren, weil er durch seine Teilnahme an den Sitzungen des Großen Rates den Unterricht der Schule versäume, ohne den Urlaub gemäß den gesetzlichen Vorschriften eingeholt zu haben. Der Konflikt führte zur behördlichen Erklärung, die Tätigkeit im Parlament sei mit der Schulführung unvereinbar. Schleuniger habe auf sein politisches Mandat zu verzichten. Da er sich weigerte, wurde er vorerst vom Bezirkschulrat im Amte eingestellt und hernach von der Regierung als Bezirkslehrer entlassen.

Die rigorose Maßnahme, die aus der Spannung jener Zeit heraus getroffen wurde, ist heute kaum verständlich. Schleuniger war nun erst recht zum politischen Kampfe hingedrängt. Man verwandelte ihn in einen langwierigen Prozeß wegen angeblicher Bestechung von Wählern zu Gunsten der Konservativen im Kreis Niederwil. Die Sache endete schließlich damit, daß er 1847 gegen Freisprüche des Bezirksgerichts Bremgarten vom Obergericht eines Meineids schuldig erklärt und zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt wurde.

Schleuniger war inzwischen aus dem Kanton weggezogen. Er erhielt in Luzern eine Professur an der Kantonschule und wurde durch das dortige Obergericht gegen ein aargauisches Auslieferungsbegehren geschützt. Doch konnte er nach dem Zusammenbruch des Sonderbundes, für den er in enger Verbindung mit Siegwart-Müller gewirkt hatte, auch in Luzern nicht länger bleiben, hielt sich einige Jahre in Italien und Frankreich auf, kehrte aber 1853 in den Aargau zurück, verbüßte einen Teil der über ihn verhängten Kerkerhaft und nahm darauf Wohnsitz im Johanniterhaus zu Klingnau, entschlossen, den Kampf um seine politische Überzeugung fortzusetzen.

1856 gründete er die von ihm bis zu seinem Tode redigierte „Botschaft“. Ihre erste Nummer erschien mit dem Untertitel „Aargauische Wochenzeitung“ am 5. April bei J. Huwyler in Baden. Schon vom August des gleichen Jahres weg kam sie in Klingnau heraus, wo sich Schleuniger in seinem Wohnhaus eine eigene Druckerei eingerichtet hatte. Später gelangte diese ins Haus der Familie Bürli, in deren Besitz das Blatt sich seither befindet. Es erschien etwa 50 Jahre lang in doppelter Form, neben dem Wochenblatt in einer dreimaligen Ausgabe, die bis heute geblieben ist.

Als Redaktor und als Führer der konservativen Volkspartei

setzte Schleuniger seinen Kampf um die Freiheit der Kirche und Konfessionen gegen die Allgewalt des Staates unermüdlich fort. Ein äußerer Erfolg war ihm 1862 beschieden, als der Große Rat auf Grund eidgenössischer Erlasse in einem Gesetz den Juden zu Oberendingen und Lengnau volle Gleichberechtigung mit den andern Kantonsbürgern gab. Unter der Lösung, die Schweiz sei ein christlicher Staat, bildete sich auf Anregung Schleunigers zu Döttingen aus Katholiken und Reformierten das Komitee der „19 Mannli“, das bald mit 10 000 Unterschriften einen Volksentscheid über die Abberufung des Großen Rates und die Änderung des Judengesetzes erzwang. Mit großem Mehr stimmte das Volk gegen Regierung und Großen Rat, die beide zurücktraten. Der Streit um das Gesetz endete trotzdem damit, daß auf Intervention des Bundes die Judenemanzipation gewährt werden mußte. So schrumpfte Schleunigers Erfolg zusammen, weil die Beweggründe seines Kampfes in dieser Sache doch wohl in einer zu engherzigen Haltung gegenüber dem Staatsganzen verhaftet waren.

Der Lebensabend des um die katholische Sache im Aargau rastlos tätigen Mannes war durch den beginnenden Kulturmampf noch mehr umdüstert. 1874 starb er.⁵

Vorgänge der eidgenössischen Politik, wie der Neuenburger Handel von 1856 und die Grenzbefestigung während des deutsch-französischen Kriegs bedingten kaum größere Maßnahmen im untern Aaretal. Dagegen nahm Klingnau 1871 von der in die Schweiz übergetretenen Bourbaki-Armee 205 Mann auf. Ihrer 130 wurden in der Propstei untergebracht. Dem ganzen Kanton waren 8000 Mann zugeteilt worden. Wesentlich stärker war die Belastung der Gemeinde in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht durch die Grenzbefestigungen der beiden Weltkriege, die den Völkern so viel Unheil und geistige Verwirrung gebracht haben. Klingnau hat wie alle Talschaften an der Nordgrenze mit unbedingter Treue zum Vaterlande seinen Beitrag an die Landesverteidigung geleistet.

⁵ Eine wissenschaftlich genügende Biographie Schleunigers steht noch aus. Material dazu liefern die Akten der Staatsarchive Aargau und Luzern, des Bezirkschulrats Baden. — Vgl. E. Heer, Joh. Nep. Schleuniger. Verlag Bürli 1899. — E. Zscholke, Geschichte des Aargaus. 1903, 309 ff.

Schule, Kirche und geistiges Leben.

Ein Gradmesser, wie die Gemeinde während des 19. Jahrhunderts mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, ist die Schulgeschichte. Vor 1800 half wenigstens Sion bei der städtischen Jugendbildung mit. Trotzdem hatten die Unterrichtsverhältnisse viel zu wünschen übrig gelassen. Nach dem Wegfall der Klosterschule stand es in dieser Hinsicht noch schlimmer. Zwar wurde auf private Initiative hin 1803 eine zweite Lehrerstelle geschaffen, aus der sich die Unterschule entwickelte. Bedenklich stand es um die Schullokale, die der Aufnahme von 170 Kindern in keiner Weise genügten. Auf wiederholtes Drängen des Bezirkschulrats entschloß sich die Gemeinde 1808, das Johanniterhaus um 1550 Franken vom Kanton zu erwerben. Es erwies sich aber für je zwei Schulzimmer und Lehrerwohnungen als zu klein. Darum kaufte die Stadt 1810 noch die Johanniterkirche um 1600 Franken und baute sie in ein Schul- und Rathaus um. Zur Bestreitung der Umbaukosten veräußerte sie das Johanniterhaus und das alte Schulhaus.⁶

Die Aufsicht über das Schulwesen war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entsprechend dem Pfarrverband organisiert und einer Kreisschulpflege für Klingnau, Döttingen und Koblenz übertragen. 1852 schied Döttingen aus, nachdem sich dort eine eigene Pfarrei gebildet hatte. Koblenz erhielt 1865 eine besondere Schulpflege, die allerdings später für einige Jahre wieder sistiert wurde.

Der wichtigste Schritt zum Ausbau der aargauischen Schule erfolgte in der Zeit der Regeneration. Das Schulgesetz von 1835 schuf dazu die Grundlage und führte auch die Handarbeitschule der Mädchen ein, die in Klingnau ein weiteres Schulzimmer benötigte. 1858 mußte wegen der großen Schülerzahl eine dritte Lehrerstelle geschaffen werden, weshalb die noch im Schulhaus bestehende Lehrerwohnung für Unterrichtszwecke umgebaut wurde. Das Schulgesetz von 1865 endlich rief die Fortbildungsschule, die Vorläuferin der heutigen Sekundarschule, ins Leben. Klingnau eröffnete sie 1869, ließ aber dafür die Mittelschule eingehen, was bald eine Überfüllung der beiden verbleibenden Gemeindeschulen zur Folge hatte. Die kantonalen Behörden verlangten etwa Abhilfe. Aber Platzmangel und wohl auch die Finanzlage der Gemeinde ließen 50 Jahre auf eine Ände-

⁶ Für die Schulgeschichte bieten die Protokolle der Schulpflege und des Gemeinderats die Hauptquelle. Auf Angabe im einzelnen wird verzichtet.

rung warten. Unerträglich wurde die Überfüllung, als gegen Ende des Jahrhunderts aus der Erziehungsanstalt St. Johann noch 20 Kinder in die Unterschule kamen, die vorher schon 77 zählte.

Der Ankauf der Propstei durch die Ortsbürgergemeinde und die Einrichtung von zwei Stockwerken für die Schule und Gemeindeverwaltung schufen Raum. Im Mai 1903 fand die Einweihung des neuen Schulhauses statt. Gleichzeitig feierte man die 45jährige Amtstätigkeit des Lehrers an der Unterschule, des um die Lokalgeschichte verdienten Bernhard Bilger, der damals in seiner Abteilung trotz Alter und Kränklichkeit 95 Kinder zu unterrichten hatte. Erst 1920 kam die Entlastung an der Gemeindeschule mit einer dritten, 1929 mit einer vierten Lehrerstelle, denen fünf Jahre später eine weitere Stelle an der Sekundarschule folgte. Auf Grund des Schulgesetzes von 1941 hat Klingnau auch eine zweckmäßig eingerichtete Haushaltungsschule erhalten und damit Schulverhältnisse erreicht, die dem wirtschaftlichen Aufschwung entsprechen.

Die Pfarrei hat äußerlich im 19. Jahrhundert starke Wandlungen erfahren. Schon 1779 war Würenlingen aus ihrem Verbande geschieden und selbständig geworden. Nun löste sich auch Döttingen ab und baute 1839 an Stelle der Johanneskapelle eine eigene Kirche. Die Errichtung der Pfarrei, für deren Dotierung die Gemeinde allein aufzukommen hatte, erfolgte durch Dekret des Großen Rates von 1848. Schließlich hat 1927 auch Koblenz sich abgetrennt, sodass heute der Umfang der Stadtpfarrei mit der politischen Gemeinde zusammenfällt.

Auch die Bindung mit dem Verenastift Zurzach, das 600 Jahre lang die Kollatur besessen hatte, wurde gelöst. Die Kirchengemeinde erhielt 1864 das Recht der Pfarrwahl. Zwei Jahre später wurde die Kollatur liquidiert. Das Stift zahlte im Einverständnis mit der Kantonsregierung an die Kirchengemeinde Klingnau den Kapitalbetrag von Fr. 68 380.— und übergab ihr Liegenschaften, den Anteil an Chor, Sakristei und das Pfarrhaus, im Werte von Fr. 16 550.—, womit die Rechte und Pflichten des Kollators erloschen.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die seit 1848 von Bundes wegen gewährleistete Freizügigkeit bedingten starke Veränderungen in der Bürgerschaft. Ein Vergleich der Stimmregister der Kirchengemeinde zeigt dies deutlich. 1866 zählte die Pfarrgemeinde in Klingnau 245, in Koblenz 139, zusammen 384 Stimmberechtigte. 1912

waren es in Klingnau noch 220, in Koblenz 72, zusammen nur 292. In den letzten Jahren hat die Gesamtbevölkerung eine starke Zunahme erfahren. Die Zuwanderer rekrutierten sich aber zu einem größeren Teil aus reformierten Gegenden. Infolgedessen bildete sich eine reformierte Diaspora-Gemeinde, die im Jahre 1935 am Hang zum Achenberg sich ein schmückes Kirchlein gebaut hat.⁷

Das geistige Leben hat durch die Aufhebung der Sioner Klosterschule eine Einbuße erlitten. Die meisten Bürger, die sich akademischen Studien und Berufen zuwandten, hatten dort die erste wissenschaftliche Grundlage erhalten. 1830 zählte man nicht weniger als 30 Klingnauer geistlichen Standes, die durch Sion gegangen waren.

In besonderm Maße wurde die Musik gepflegt. Den Grund dazu legte wohl der letzte Sioner Prior, Beda Graf, ein guter Organist, in dessen Schule Geistliche und Laien eine solide musikalische Schulung erhielten. Anregungen gingen auch von Waldshut aus. Bald nach 1800 entstand in Klingnau die Stadtmusik. Die kirchliche Tonkunst erfreute sich besonderer Pflege. Kirchenchor und Orchester brachten es dabei zu beachtenswerten Leistungen. Der Männerchor wurde 1845 gegründet. Mit dem Interesse für Musik hängt zusammen, daß ein Klingnauer, Karl Häfeli oder Häfelin, 1842 in Aarau als Regierungssekretär zusammen mit Landammann Wieland den Schweizerischen Sängerverein gegründet hat.⁸

⁷ Pfarrarchiv Klingnau, Prot. der Kirchgemeinde. — Vgl. Huber, Kollaturpfarreien S. 61 f.

⁸ H. J. Welti, Festschrift Stadtmusik Klingnau 1936. — Derselbe, Erb und Eigen 1942 S. 19 f.

4. Die Stellung Klingnaus in der Industrie des untern Aaretals.

Voraussetzungen.

Die politischen Kämpfe, deren es bedurfte, bis die demokratische Staatsform in Bund und Kanton sich gefestigt hatte, waren der industriellen Entwicklung wenig förderlich. Vor 1850 ist im untern Aaretal nur Kleingewerbe, verbunden mit Heimarbeit, zu treffen. Die Festsetzung von Industrie löste anfänglich auf dem Lande eher Argwohn als Freude aus. Der Arbeitslosigkeit, die hier etwa drohte, suchte man durch Auswanderung zu entgehen.

In seiner 1844 erschienenen Beschreibung des Aargaus bemerkte F. X. Bronner über Klingnau unter anderm, seine Bewohner wollten ungeachtet ihrer vorteilhaften Lage an der Aare und in der Nähe Zurzachs sich wenig mit Handel und Gewerbe abgeben, sie widmeten sich lieber dem Feldbau und der Weinkultur. Nur im ehemaligen Kloster Sion traf er auf einen, wie er glaubte, Erfolg versprechenden Versuch, „Seide zu produciren“. Auf einer 1838 durch den Staat angeordneten Versteigerung hatte Franz Müller von Tegerfelden einen Teil der Gebäude gekauft und versuchte durch Pflanzen von Maulbeerbäumen und durch Seidenraupenzucht Rohseide zu gewinnen. Der Versuch mißlang, Müller geriet in Konkurs, die Seidenindustrie aber wurde doch für einige Jahrzehnte in Klingnau heimisch.

Über die gewerblichen Verhältnisse der Stadt um die Mitte des Jahrhunderts orientiert eine Zusammenstellung, die der Gemeinderat 1857 im Streit um den Standort der für Klingnau und Döttingen vorgesehenen Bahnstation an die aargauische Regierung gerichtet hat. Danach beschäftigte die Aarauer Firma Oehler & Cie. in zwei Webereien zu Klingnau und in der Umgebung etwa 90 Arbeiter der Seidenfabrikation. Der Lenzburger Debrunner betrieb eine Strohflechterei. Eine eben errichtete Fournierfabrik verarbeitete großen Teils überseeische Rohstoffe. Eine Bretterhandlung bezog große Holzmengen aus dem Schwarzwald. Neben den gewöhnlichen Handwerkern, aus deren Aufzählung 9 Schuster, 2 Hutmacher, 8 Schreiner und 4 Wagner erwähnt seien, arbeiteten ein Kinderwagenfabrikant, ein Stukkateur, je ein Kupfer- und Goldschmied. Sodann zählte man in der Stadt zwei Ärzte mit Apotheken.

Den entscheidenden Auftrieb erhielt die industrielle Entwicklung

erst durch den Bau der Eisenbahn Turgi—Koblenz—Waldshut. Es ist hier nicht der Ort, die Vorgeschichte des Bahnbau zu erörtern. Sie beginnt damit, daß Leute von Klingnau, Würenlingen und Siggenthal 1838 bei ersten Sondierungen über ein Bahntracé die Pfähle ausrissen, weil sie hinter dem neuartigen Verkehrsmittel eine Gefährdung ihrer Berufsinteressen oder gar das Werk des Bösen witterten. Initiativ ging Koblenz unter der Führung des Gemeindeamtmanns Kalt vor, der schon 1843 über einen Bahnbau mit den Gemeinderäten von Baden und Zürich verhandelte und nachzuweisen suchte, daß für die Verbindung von Zürich nach Basel nur die Linie den Flüssen Limmat, Aare und Rhein entlang in Frage komme, da die Durchtunnelung des Bözberges doch ein Ding der Unmöglichkeit sei. 1845 lag ein erstes Konzessionsgesuch bei der aargauischen Regierung, nachdem die Bahnlinie zwischen Stilli und Döttingen dem Flußbogen um die Beznau gefolgt wäre. Das Projekt kam nicht zur Ausführung.

Die Schwierigkeiten, die sich damals allen Eisenbahnplänen infolge der politischen Verhältnisse entgegnetürmten, sind bekannt. Erst unter dem Bundesstaat konnte eine vernünftige Grundlage gefunden werden. Für die Strecke Turgi—Koblenz—Waldshut mußte manche Frage mit dem Großherzogtum Baden abgeklärt werden. Schließlich erhielt die Nordostbahngesellschaft Konzession und Auftrag zum Bau. Das Tracé führte nun in ziemlich gerader Linie von Siggenthal nach Döttingen und zeigte, verglichen mit dem ersten Plan, Verbesserungen. Die Strecke wurde in ihrer ganzen Länge auf Doppelpur angelegt, weil man allen Ernstes glaubte, daß sie einmal Teil einer der Hauptlinien zwischen der Schweiz und Deutschland würde. Der Bau begann nach mancherlei Verzögerungen 1858 und wurde dann durch Einschaltung von Sonntagsarbeit beschleunigt, sodass die Bahnstrecke am 15. August 1859 eröffnet werden konnte.

Aus der Unmenge der Verhandlungen über die Führung des Tracés, über Landkauf und Expropriationen, Weg- und Straßenübergänge sei der Kuriosität halber nur angeführt, daß man zu Klingnau befürchtete, das Armenhaus im Weiher werde durch das Dröhnen des vorbeifahrenden Zugs in seinen Mauern erschüttert und gefährdet. Eine Expertise mußte die Bürger beruhigen.

Der Standort der Bahnstation führte zu Auseinandersetzungen. Das ursprüngliche Projekt hatte sie näher an die Stadt verlegt und ihr den Namen Klingnau gegeben. Dagegen führte Döttingen mit

den Gemeinden im Kirchspiel Leuggern und mit Tegerfelden Beschwerde und verlangte, daß die Haltestelle den Verkehrsverhältnissen entsprechend mehr nach Süden verschoben werde. Die kantonale Baudirektion unterstützte das Gesuch und war der Ansicht, daß sie dann Döttingen heißen solle. Der Streit wurde schließlich damit entschieden, daß die Station etwas südlicher zu liegen kam und auf der Nordseite des Gebäudes die Aufschrift „Klingnau-Döttingen“, auf der Südseite „Döttingen-Klingnau“ erhielt.¹

Erste Industrien zu Klingnau.

Die großen, fast ungenützten Räumlichkeiten der Propstei und Sions mußten zur Installierung industrieller Betriebe förmlich locken, nachdem durch die Bahnlinie die Transportfrage weitgehend gelöst war. Die Propstei eignete sich besonders gut. Sie war nach 1830 an Johann Hottinger von Bubikon gelangt. Erst 1864 stellte er einen Teil seines Hauses der Schuhfabrik Bally in Schönenwerd zur Verfügung zur Einrichtung einer Filiale, in der schon nach zwei Jahren 30 Arbeiter Beschäftigung fanden. 1875 kaufte die Firma Bally von den Erben des Johann Hottinger die Propstei um Fr. 38 000. Die Filiale blieb bis zur Liquidation im Jahre 1901 bestehen. Sie mag in den vier Jahrzehnten Klingnau eine erhebliche Verdienstmöglichkeit geboten haben. 1901 übernahm die Stadt um Fr. 60 000 die Propstei, die sich nach Lage und Umfang für Schule und Gemeindeverwaltung in idealer Weise eignete.

Im Schlosse, das den Besitzer wiederholt wechselte, betrieb der Klingnauer Bürli in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Fabrikation von Kinderwagen. Daraus ging 1888 die Korbflechterei von Friedrich Minet hervor, die 1892 mit dem Eintritt von alt Lehrer Xaver Zimmermann zur Firma Minet & Cie. erweitert wurde und um die Jahrhundertwende die Anfertigung von Rohrmöbeln übernahm.

Den stärksten Anteil an der Festsetzung der Holzindustrie im untern Aaretal hatte der Friedensrichter und Geometer Schleuniger. Er war ohne Zweifel der Inhaber jener oben in der gemeinderät-

¹ St. A. Aargau, Prot. Reg. Rat und Eisenbahnen 1857—1859. — Stadtarchiv Baden, Missiven-Eingänge 1843, mitgeteilt von Dr. R. Leuthold, Baden. — Vgl. Gubler, Anfänge schweiz. Eisenbahnpolitik. Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. VIII.

lichen Statistik von 1857 erwähnten Fournierfabrik, in der schon dünne Brettchen aus exotischen Edelhölzern hergestellt wurden. Dieser Schleuniger muß ein initiativer, erforderlicher Kopf gewesen sein, der in der Folge Werkzeugmaschinen und besonders Sägen konstruierte, die Jahrzehntelang unübertroffen waren. Als Geniehauptmann lernte er im Militärdienst den Artillerieoberst Gautschi in Reinach kennen. Dieser hatte, nach langer Tätigkeit in der Textilbranche aus Italien in seine Heimat zurückgekehrt, in Reinach 1853 die Firma Gautschi, Hauri & Cie. gegründet, in der bis um 1880 nur Kopfzigarren hergestellt wurden. Die Zigarrenkistchen bezog er bis 1870 aus Deutschland. Als deren Lieferung infolge des Deutsch-Französischen Kriegs ausblieb, regte Gautschi, der mit der Unterbringung der internierten Franzosen im Aargau dienstlich zu tun hatte, Schleuniger zur Fabrikation der Kistchen an. Dieser griff die Idee unverzüglich auf, erweiterte seinen Betrieb, den er aus der Mühle ins Unterdorf verlegte, und war bald in der Lage, den Bedarf der Zigarrenfabrikation des Wynentals an Kistchen zu decken.²

Damit war der Grund zur Holzindustrie gelegt, die in der Folge eine rasche Ausweitung erfuhr und der Talschaft das werkstädtige Gepräge gab. Zur Kistenfabrikation gesellten sich neue Zweige der Holzbearbeitung. Die Rohrmöbelindustrie wurde, wie bemerkt, im Schlosse heimisch. Auch Schleuniger nahm sie in seinen Betrieb auf, was ein Durchhalten in Krisenzeiten erleichtern mochte. Sein Sohn errichtete gegen Ausgang des Jahrhunderts eine neue Fabrik in der Nähe des Bahnhofs. Er war aber nicht imstande, den Betrieb zu halten.

Die schweizerische Fabrikstatistik von 1895 zählt in der Kistefabrikation bei einem schweizerischen Gesamtbestand von 13 Firmen mit 160 beschäftigten Personen im Aargau zwei Betriebe mit 24 Arbeitern. Unter diesen befindet sich die Fabrik Schleunigers in Klingnau. Die Statistik von 1901 nennt im Aargau nur noch eine Firma mit 25 Arbeitern. Dies bezieht sich auf Minet & Cie., von denen zum Teil die Arbeiter aus dem eingegangenen Betrieb Schleunigers übernommen worden waren.

Die Fabrik beim Bahnhof, die eigentlich auf Döttinger Boden

² Vgl. „Botschaft“ vom 11. III. 1946, Art. von Gottfried Höchli in Basel. — Briefl. Mitteilung von Hrn. R. Gautschi-Hediger, Fabrikant in Reinach. — Ad. Rey, Die Entwicklung der Industrie im Aargau S. 42.

lag, aber in Klingnau den Geschäftssitz hatte, ging 1902 an die aus Waldshut stammende Firma Albert Stoll über. Sie wurde erweitert, auf die Fabrikation von Stühlen umgestellt und 1904 mit einer Belegschaft von 25 Mann eröffnet. Bis 1919 fertigte sie ausschließlich die vor der Jahrhundertwende in Mode gekommenen Wienerstühle aus massivem, gebogenem Buchenholz. Damit erhielt Klingnau einen Zweig der Möbelindustrie, der mit gewissen Erweiterungen später einer Reihe von Neugründungen rief.

Die Fabrikation von Sperrholzplatten.

In der Kleinkistenfabrik Schleunigers war bei der Kaufmännischen Leitung lange Zeit der 1860 geborene Klingnauer Jakob Keller-Höchli tätig gewesen. Beim Abgang jener Firma entschloß er sich, die Herstellung der Kistchen fortzusetzen und ein eigenes Geschäft zu gründen. Mit wenigen Arbeitern wurde im „Weiher“ eine Werkstatt eröffnet, die innert 40 Jahren zu einer mächtigen Fabrik anlage und zu einem in der schweizerischen Holzindustrie führenden Unternehmen auswuchs.³

Produktions- und Absatzkrisen haben schon oft wagemutige Unternehmer auf neue Wege geführt. Dies war auch bei Keller & Co. der Fall. Die Herstellung der Kistchen erlitt nach dem ersten Weltkrieg einen starken Rückschlag. Mit der Verteuerung des Tabaks ging die Fabrikation der Zigarren zurück. An ihre Stelle traten die Stumpen und vor allem die Zigaretten, zu deren Aufbewahrung und Transport Kistchen aus feinem Holz nicht mehr nötig waren.

In einer solchen Absatzkrise entschloß sich die Firma zur Herstellung von Sperrholzplatten. Das damit verbundene Risiko war nicht gering. Einmal benötigte man große maschinelle Anlagen und dazu legten die ausländischen Produktionsgebiete der Einführung der Sperrholzindustrie in der Schweiz Hindernisse in den Weg. Sperrholzplatten hatte man nach 1890 in Russisch-Polen aus Erlen- und Birkenrundholz zu schneiden begonnen. Das später in Deutschland verbesserte Herstellungsverfahren wurde lange Zeit geheim gehalten. Erst 1908 fand es in der Schweiz durch zwei Kleinbetriebe in Meilen und Wülflingen Eingang.

Eine relativ große, konkurrenzfähige Anlage schufen erst Keller

³ Über Jakob Keller vgl. H. J. Welti, Erb und Eigen, 1942, S. 4.

& Co. 1923 zu Klingnau. Einer der Geschäftsteilhaber, Adolf Höchli, hatte sich während eines Aufenthaltes in Speyer die Fabrikationsmethoden angeeignet. Später schied er aus der Firma Keller & Co. aus und gründete 1938 einen eigenen Sperrholzbetrieb in Buchs bei Narau.

Zu Klingnau rechtfertigte der Erfolg den Wagemut. Produktion und Absatz stiegen von Jahr zu Jahr. Bald entstanden in und um Klingnau, aber auch an andern Orten der Schweiz, weitere Fabriken der Sperrholzindustrie, sodass der gesamte Inlandbedarf gedeckt werden konnte. Erlen- und zum kleinern Teil Birkenrundholz bezog man anfänglich aus Polen. Da aber seit 1934 die Schweizer Bezieher durch den polnischen Staat immer mehr vom Holzmarkt verdrängt wurden, verlegten sie sich auf die Einfuhr von Kolonialholz aus Übersee.

Als solches kam in erster Linie Okoumé aus dem französischen Äquatorial-Afrika, ein halbhartes, in Struktur und Farbe dem Mahagoni ähnliches Holz zur Verarbeitung. Daneben wurde unter andern das wesentlich härtere, der Eiche ähnliche Limbaholz aus Belgisch-Kongo importiert. Als der zweite Weltkrieg den Bezug der überseesischen Hölzer verunmöglichte, war die Fabrikation auf Buchen und Linden aus Jugoslawien, Ungarn und Rumänien, schließlich großenteils auf Buchen, Tannen, Platanen und Pappeln des Inlandmarktes angewiesen.⁴

1936 haben in der Schweiz neben Keller & Co. noch fünf Firmen der Sperrholzfabrication bestanden. Damals glaubten die Fachleute, dass die Produktion im Verhältnis zum möglichen Absatz überdimensioniert sei.⁵ Die Entwicklung scheint dieser Ansicht nicht recht zu geben. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass die Sperrholzplatten im letzten Jahrzehnt vervollkommen wurden, im Baugewerbe wie in der Möbelindustrie vielseitige Verwendung finden und einen stets sich steigernden Bedarf zu decken haben.

⁴ Vgl. Handbuch der schweiz. Volkswirtschaft, hgg. von der schweiz. Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft I, 591 f. Art. von O. Aeschlimann. — Weitere Angaben über die Entwicklung der Holzindustrie verdanke ich besonders meinem Freunde, Herrn Jean Frid-Keller, Fabrikant, sodann den andern in diesem Abschnitt erwähnten Firmen.

⁵ Kartelle und kartellartige Abmachungen in der schweiz. Wirtschaft. Veröffentlichung Nr. 16 der Preisbildungskommission des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes. Bern 1937, 42 f.

Die Firma Keller & Co. ist auch in der Spezialisierung der Sperrplatten in der Schweiz führend geblieben. Kurz vor dem Krieg übernahm sie die Produktion von metallbewehrtem Sperrholz, bei dem die dünnen Holzplatten nach besonderm Verfahren auf der einen oder auf beiden Seiten durch feine Aluminiumplatten verstärkt werden. Infolge ihrer großen Widerstandsfähigkeit gegen Druck und Witterungseinflüsse eignen sich diese sogenannten Plymax-Panzerplatten vorzüglich im Flugzeug- und Waggonbau, als Verkleidungs- und Dekorationsmaterial im Hausbau, wie auch in einer Reihe anderer Industrien.

Bei der Sperrholzfabrication wirkt sich nachteilig aus, daß die Rundhölzer nicht bis auf den Kern geschält und geschnitten werden können, und daß die schadhaften Stellen der Stämme die Verwertung beeinträchtigen. Es ergibt sich daraus je nach der Qualität der Holzarten ein Abfall von 50 bis 70 %. Diesen Nachteil behebt weitgehend das Novopan, eine Erfindung der jüngsten Zeit, in der die Abfallprodukte in sorgfältiger Bearbeitung weiter verwertet werden können, indem sie gemahlen, gepreßt und poliert werden. Es handelt sich dabei um neuartig konstruierte Platten, die in ihrer Mittelschicht und in den beiden Decklagen aus einer Unzahl feinsten, flächiger Holzteilchen zusammengeleimt werden und im Gegensatz zu den Faserplatten, wie Pavatex und Xylotin, an den polierten Oberflächen den gemusterten Holzcharakter hervortreten lassen. Sie eignen sich für hochwertige Fournierarbeiten bei der Bekleidung von Innenräumen und für den Möbelbau. Die Novopanfabrikation wird, da sie weniger als die Sperrplatten auf Edelhölzer angewiesen ist, auch für den inländischen Markt von großem Interesse sein.

Die Firma Keller & Co. hat die Lizenz zur Herstellung von Novopan in der Schweiz und in einigen ausländischen Staaten erworben und zu dessen Fabrication einen mächtigen Neubau errichtet, der noch 1946 dem Betrieb übergeben wird. So hat sie unter Leitung ihres Chefs, J. Frick-Keller, die Werkstätten im Weiher zu einer respektablen Großanlage ausgeweitet, bringt jetzt schon jährlich über 12 000 Tonnen Holz zur Verarbeitung und spielt mit einer Belegschaft von gegen 200 Personen auch im wirtschaftlichen Leben Klingnau eine wichtige Rolle. Die Bedeutung des Betriebs in der gesamtschweizerischen Produktion erhellt aus dem Umstande, daß 1939 im ganzen

Kände ein Dutzend Firmen dieser Branche mit zusammen 800 Arbeitern gezählt wurden.⁶

Nach dem Vorbild von Keller & Co. sind in der Nachbarschaft noch zwei Sperrholzfabriken entstanden. 1929 errichtete Franz Heß, der vorher eine Ziegelei in der Felsenau bei der Aaremündung betrieben hatte, einen Bau, der 1937 vom Blitz eingeäschert wurde und darauf in größerem Ausmaße und mit modernem Maschinenpark wiedererstand.⁷ Mit der Herstellung von Sperrholzplatten befaßte sich seit 1929 auch die Firma Minet & Cie., die beim ehemaligen Kloster Sion eine besondere Anlage errichtete. Daraus entwickelte sich 1937 die Sperrholzfabrik A.-G. Klingnau. Die Stammfirma Minet & Cie. befaßt sich seither mit der Herstellung von Zigarren- und Kleinfäisten, sowie spezieller Holzwaren für technischen Bedarf, für Uhren- und Textilindustrie.

Die Möbelindustrie.

Durch die Sperrplattensfabrikation hat das Holz als Baustoff eine erhöhte Wertschätzung erfahren. Die dem gewöhnlichen Nutzholz anhaftenden Mängel des Quellens und Schwindens sind hier ausgemerzt. Die Platten eignen sich zu rationeller Verwendung im Innenausbau der Wohnungen wie besonders in der Möbelfabrikation. Diese hat im unteren Aaretal während der letzten drei Jahrzehnte eine überraschende Ausweitung erfahren.

Ausgangspunkt wurde die Stuhlfabrik Stoll beim Bahnhof, die 1919 in den Besitz von Tütsch & Zimmermann überging, seit 1939 aber von der Familie Tütsch allein geführt wird. Nach Aufgabe der Fabrikation von Wienerstühlen, stellt sie Tische und Stühle speziell für das Hotel- und Wirtschaftsgewerbe, für Schulen und Spitäler her.

Von hier aus sind wieder Neugründungen erfolgt. 1912 schied aus der Firma Stoll der Buchhalter K. Oberle, der vor 1902 schon im Waldshuter Geschäft tätig gewesen war, aus und mit ihm der Betriebsleiter K. Haufz. Beide errichteten zusammen in Döttingen, zwischen Bahnhof und Aarebrücke, eine eigene Möbelfabrik, die im Januar 1913 eröffnet wurde und seither einen ansehnlichen Aufschwung nahm. Auch Oberle & Haufz beschränkten sich auf die An-

⁶ Vgl. E. Reinhard, *Unser Holz*. Ilionverlag Bern-Basel-Olten 1942, Seite 112 f., 393.

⁷ E. Reinhard a. a. O. 384.

fertigung von Tischen und Stühlen, speziell für den Wohnzimmerbedarf. Ihre Erzeugnisse genossen bald den Ruf guter Form und solider Ausführung.

Zu Döttingen entstand in den Räumen der ehemaligen „Hintern Mühle“ 1925 die Tisch- und Stuhlfabrik von Bugmann, Schiferli & Cie. Der zweite Geschäftsteilhaber hatte vorher bei Tütsch gearbeitet. Dem Unternehmen wurde später eine Sperrholzfabrikation angegliedert, welche als Spezialität die dem Eigenbedarf dienenden Tischlerplatten zu liefern hat.

Bei Stoll und später bei Oberle & Hauf holte auch K. Mutter seine Ausbildung, machte sich 1925 selbstständig, um in Gemeinschaft mit Flückiger in Eien eine Tisch- und Stuhlfabrik zu eröffnen. Von hier zweigte 1938 der Betrieb Flückiger & Sohn ab, der zu Leugern sich auf die Anfertigung von Kleinmöbeln verlegte. Kalt & Brunner in Kleindöttingen und L. Rancati in Leibstadt, dessen Werkstätte 1932 durch Zimmermann & Frey eröffnet worden war, sind ebenfalls von Döttingen ausgegangen.

Auch in Koblenz ist die Möbelindustrie ansässig geworden. Hierher zog sich die Firma Albert Stoll nach Aufgabe des Klingnauer Betriebs zurück. Zu Koblenz hatte übrigens Stoll schon vor 1902 während Jahrzehnten Stühle hergestellt. 1920 spezialisierte sich die Werkstätte auf gefederte Drehstühle für den Bürobedarf und fand damit im In- und Ausland guten Absatz. Der derzeitige Inhaber, Ing. Albert Stoll, der dritte dieses Namens in der Firmenfamilie, baute das Unternehmen aus und erweiterte es durch eine Filiale in England.

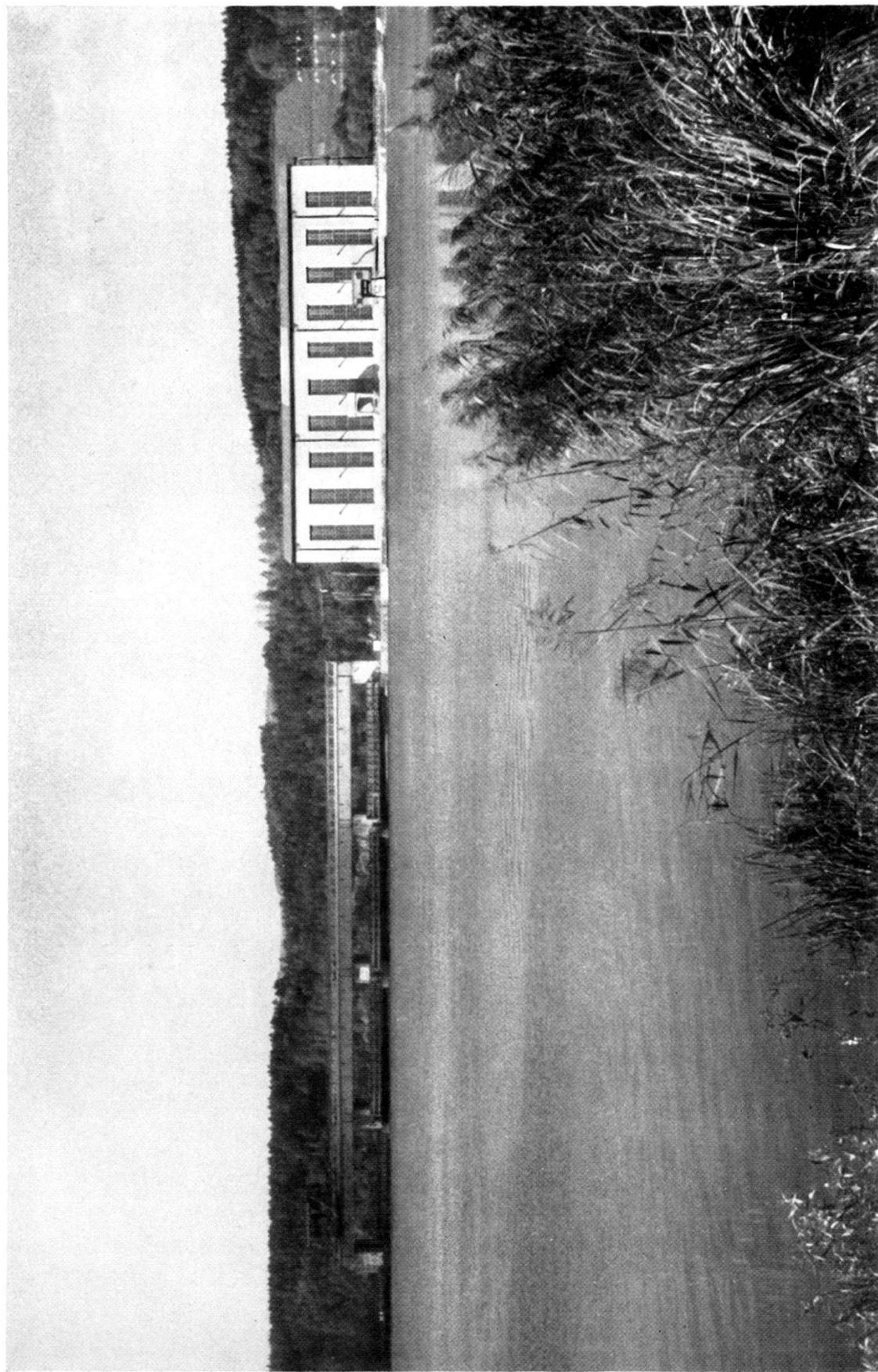
Als zweiter Betrieb entstand zu Koblenz die Fabrik für Kleinmöbel, Salon-, Rauch- und Radiotische, begründet durch Oskar Erne, der bei Tütsch & Zimmermann bis 1923, nachher in der Möbelfabrik zu Steckborn tätig gewesen war.

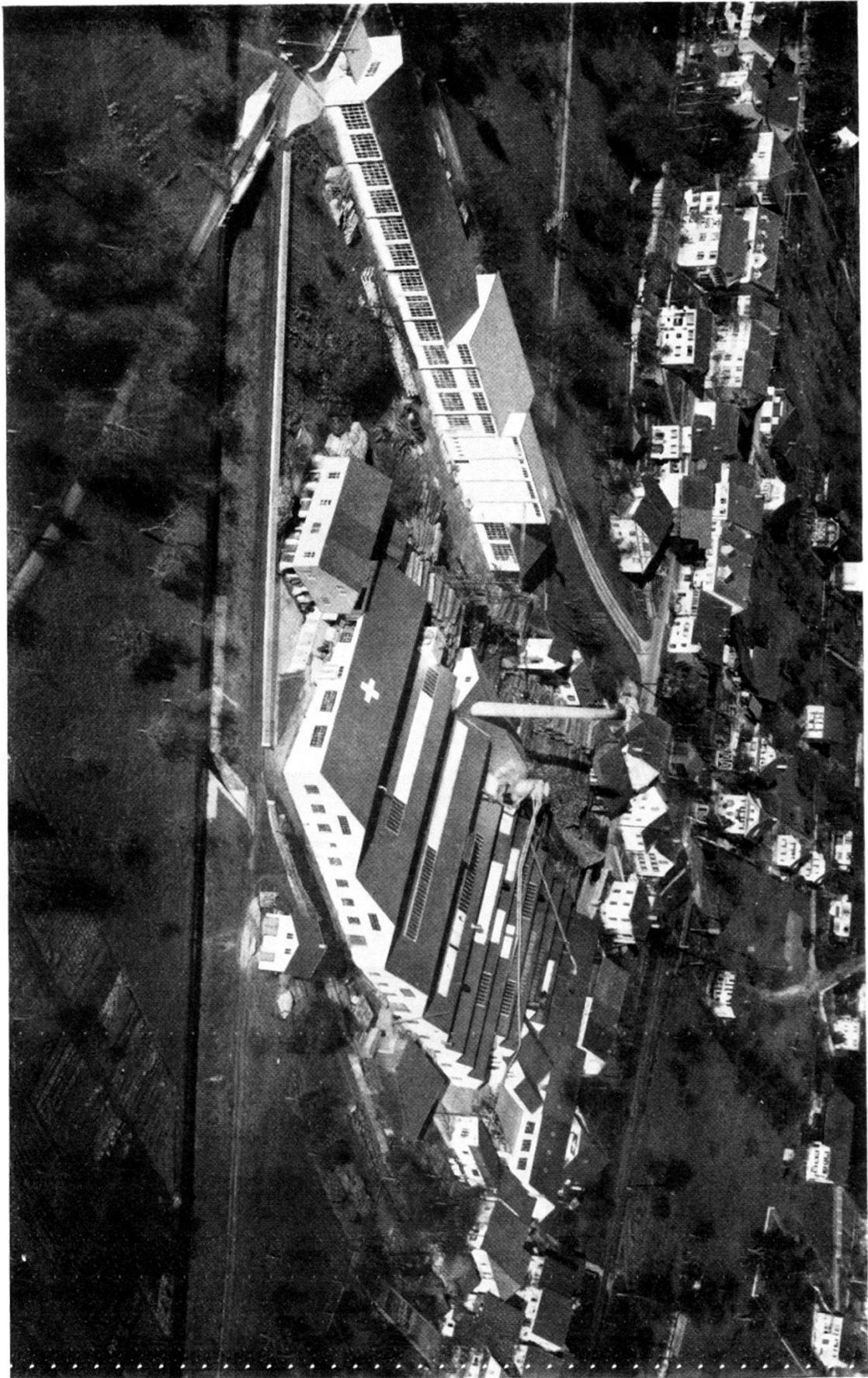
Zusammenfassung.

Von der Entwicklung der Holzindustrie im untern Aaretal vermag die Betriebsstatistik seit 1911 einen Begriff zu geben. Die nachfolgende Zusammenfassung fußt auf Erhebungen bei den einzelnen Firmen und einer Nachprüfung mit dem beim eidgenössischen Fabriksinspektorat in Aarau befindlichen Material.

Photo M. Econi, Außenburg

Kraftwerk Klingenau





Fabrik anlage Keller & So. im Weier

Photo Swissair AG, Zürich

Betriebsstatistik der Firmen für Holzbearbeitung.

Eidg. Betriebszählungen: neu:

Gründung: 1911 1920 1929 1937 1946

1. Keller & Co., Klingnau	1901	17	32	69	112	182
2. Minet & Cie., Klingnau	1892	50	42	36	18	16
3. Sperrholzfabrik Klingnau	1937	—	—	—	37	64
4. Stoll-Tütsch & Cie., Klingnau	1901/03	67	40	70	67	85
5. Oberle & Hauf, Döttingen	1913	17*	35	73	85	96
6. Bugmann-Schifferli, Döttingen	1925	—	7*	23	43	83
7. Frz. Hefz & Cie., Döttingen	1929	—	—	22	30	50
8. K. Mutter, Eien	1925	—	—	12	13	35
9. A. Stoll, Koblenz	1920	—	3	6	12	60
10. Erne Oskar, Koblenz	1928	—	—	6	16	17
11. Kalt & Brunner, Kleindöttingen	1930	—	—	—	5	15
12. Rancati L., Leibstadt	1932	—	—	—	6	24
13. Flückiger & Sohn, Leuggern	1938	—	—	—	—	14

* = Belegschaft im Gründungsjahr.

Die vorstehenden Zahlen erfassen auch die Angestellten und Leiter der Betriebe. Sie sind deshalb gegenüber der Statistik des Fabrikinspektorats in Aarau, das sie in verdankenswerter Weise nachgeprüft hat, leicht erhöht und dürften den tatsächlichen Verhältnissen durchaus entsprechen.

Zum Vergleich mit dieser Zusammenstellung seien die Zahlen der Fabrikstatistik von 1937 für die hier in Frage stehenden Gemeinden angeführt.⁸ Damals zählte man in den verschiedenen Industriezweigen in Klingnau 6 Betriebe mit 222 Personen, zu Döttingen ebenfalls 6 mit 299, in Koblenz 4 mit 98, in Böttstein einen mit 13, in Leuggern und Leibstadt je einen mit 14 Arbeitern. Davon waren in Klingnau 167, in Döttingen 218 und in den drei zuletzt genannten Gemeinden alle Personen in der Holzindustrie tätig.

Diese hat innert 35 Jahren einen bemerkenswerten Aufstieg genommen und bildet im untern Aaretal tatsächlich den wichtigsten Erwerbszweig. Sie ist umso bedeutungsvoller, als sie sich während der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre als recht widerstandsfähig erwiesen hat. Die Betriebe sind damals unwesentlich getroffen worden, mußten wenige Einschränkungen in der Arbeitszeit auf sich nehmen und konnten im ganzen von Arbeiterentlassungen absehen.

Aus den bisherigen Darlegungen zeigt sich, daß die Festsetzung der Holzindustrie zu Klingnau ursprünglich ziemlich zufällig war und

⁸ Statistische Quellenwerke der Schweiz. Heft 84 S. 204.

auf die Initiative eines Einzelnen, jenes Inhabers der ersten Fourierfabrik, zurückging. Dabei mag der Holzhandel mit dem Schwarzwald schon eine gewisse Rolle gespielt haben. In der weiteren Entwicklung aber, bei der Begründung neuer Firmen und Zweige der Holzbearbeitung, ist zu erkennen, wie neben dem persönlichen Einsatz einzelner das Vorhandensein einer geschulten Arbeiterschaft zum bestimmenden Standortsfaktor wurde. Die Bevölkerung hat sich durch die traditionell gewordene Berufswahl eine immer größere Berufsfertigkeit angeeignet, mit der die neuen Unternehmer rechnen konnten. Es ist dies eine Erscheinung, wie sie in größerem Maße bei der Elektroindustrie in Baden, bei der Uhrenindustrie im Jura, der Stickerei in der Ostschweiz oder bei der Seidenbandweberei im Basel-Land angetroffen wird.⁹

In der obigen Statistik sind die Zimmereien und Schreinereien nicht inbegriffen. Sie haben mit den Bauunternehmern und Handwerkern bei der Errichtung der Fabriken wie bei der Befriedigung des immer steigenden Wohnbedarfs Beschäftigung gefunden. Dass auch die andern Erwerbszweige am wirtschaftlichen Aufstieg teilhatten, braucht nicht erwähnt zu werden. In jüngster Zeit ist die Tabakindustrie mit einer Filiale der Zigarrenfabrik Villiger & Söhne zu Klingnau heimisch geworden.

Nach der Zahl der in den Betrieben beschäftigten Personen hat Döttingen die Nachbarstadt überflügelt. Es hängt dies mit der günstigeren Verkehrslage, mit den besonders um den Bahnhof gruppierten Fabriken zusammen. Dazu sind hier um die Jahrhundertwende, gleichzeitig mit dem Bau des Kraftwerkes Beznau, die Werkstätten Conrad Zschokke AG. für Eisen- und Stahlbau entstanden. Sie beschäftigen heute etwa 110 Arbeiter im Betrieb und auf der Montage und bringen auch Klingnau wirtschaftlichen Gewinn.

Im ganzen darf man eine starke Aktivierung des Erwerbslebens im 20. Jahrhundert feststellen. Was f. X. Bronner vor hundert Jahren in dem zu Beginn dieses Kapitels erwähnten Urteil über Klingnau erklärt hat, trifft heute keineswegs mehr zu. Der Landwirtschaft ist durch die industriellen Anlagen produktiver Boden entzogen worden. Was verblieben ist, wird heute gründlicher bewirtschaftet als früher und bringt deshalb größeren Ertrag. Trotzdem ein verhältnismäßig kleiner Teil der Einwohnerschaft sich dem Weinbau widmet,

⁹ Vgl. a. a. O. 30*.

hat dieser an Intensität gewonnen. Er erfreut sich einer Pflege wie nie zuvor, und der Klingnauer Wein genießt eine steigende Wert-schätzung.

Das Kraftwerk Klingnau.

Im Wirtschaftsleben des untern Aaretals spielt neben der Holz-industrie der Fluss selber eine wichtige Rolle. Die Aare besitzt bis zur Mündung mit 17 779 km² ein größeres Einzugsgebiet als der Rhein mit 15 900 km². Vor der Anlage der Staubecken für die Kraft-werke und den großen Korrekturen im bernischen Mittelland brachte sie ungeheure Mengen von Kies und Schlamm in das Mündungs-gebiet. Aufschüttung von Kiesbänken, die nach kurzer Zeit wieder abgetragen wurden und anderswo neu entstanden, Verästelung des Flusslaufes und zu Zeiten von Hochwasser verderbliche Überschwem-mungen waren die Folge.

Um diesem Überstande abzuholzen, beschloß der Große Rat 1885 die Korrektion des Unterlaufs von Böttstein abwärts bis zur Mün-dung. Die Arbeiten wurden im folgenden Jahre begonnen und zogen sich wegen unerwarteter Schwierigkeiten bis 1904 hin. Die Baukosten beliefen sich auf anderthalb Millionen Franken und wurden zu 85 % von Bund und Kanton, zu 15 % von den beteiligten Gemeinden und Grundeigentümern getragen.

Noch in der Endetappe dieser Korrektion begann auch schon die wasserwirtschaftliche Ausnutzung des Flusses durch das Kraftwerk in der Beznau, dessen Bau 1898 durch die Motor AG. begonnen und vier Jahre später vollendet wurde. Der Betrieb des Werkes ging 1907 an die Gruppe Beznau-Löntsch, 1914 an die Nordostschweizeri-schen Kraftwerke über. Durch dreimaligen Höherstau, durch Umbau des Wehrs, des Maschinenhauses, der Turbinen und Generatoren gelang es, die Kraftproduktion von ursprünglich 12 000 auf 34 000 PS im Jahre 1932 zu steigern. Da zwischen den einzelnen Ausbauetappen der Strombedarf nicht genügend gedeckt werden konnte, gliederte man 1906 dem Werke eine Dampfturbinengruppe mit einer Kraftleistung von 7000 PS an, die indessen schon 1927 einging. Heute besteht wieder die Notwendigkeit wie vor 40 Jahren, zusätzlichen Strom für den Winterbedarf zu schaffen, weshalb unmittelbar über dem Maschinenhaus, am Waldrand eine große thermische, durch Rohöl

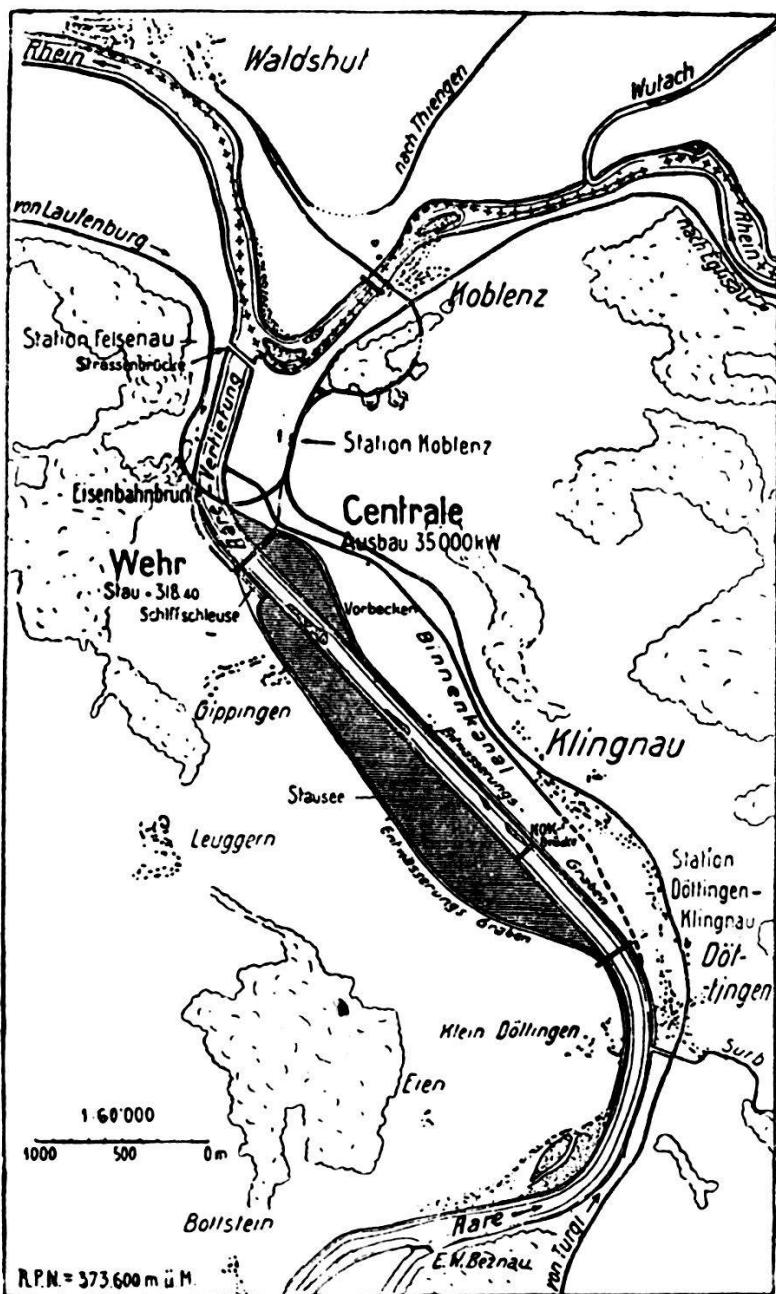
zu speisende Kraftanlage mit einer Leistung von 55 000 PS gebaut wird.¹⁰

Mehr als zwei Jahrzehnte lang befasste man sich mit der Ausnützung der untersten Gefällstufe zwischen Beznauwerk und Aaremündung. Ein erstes Projekt plante die Anlage eines großen Werkes auf dem linken Ufer gegenüber Klingnau, zu dem von Böttstein her über das Feld von Kleindöttingen ein hochgelegener Oberwasserkanal geführt worden wäre. Schon wurde von Klingnau her zum projektierten Maschinenhaus eine armierte Betonbrücke geschlagen. Heute ragt sie als Torso in die Mitte des Stausees hinaus. Es konnte ihr damit eine dürftige Zweckbestimmung gegeben werden, daß an ihrem Ende im Stausee ein provisorischer Badeplatz für Klingnau angelegt wurde, nachdem eine befriedigende Lösung für die Errichtung einer Badeanstalt noch nicht getroffen worden ist.

Übrigens machte sich nach 1920 im Schweizerland gegen den Bau neuer Kraftwerke eine Opposition geltend, die glaubte, der Strombedarf sei schon mehr als genug gedeckt. An die Möglichkeit eines umfangreicher Stromexports wollte man nicht denken. Die technischen Voraussetzungen für weiträumige Stromübertragungen wurden auch erst in den folgenden Jahren geschaffen. Sodann erhoben sich Widerstände gegen eine allzu starke Beteiligung ausländischer Unternehmungen am Bau und Betrieb schweizerischer Elektrizitätswerke. Nach Überwindung der Schwierigkeiten gelang es schließlich, die „Aarewerke AG.“ zum Bau der Werke Wildegg-Brugg und Klingnau zu gründen, worauf 1929 der Bau desjenigen von Klingnau beschlossen wurde. In der Finanzierung beteiligten sich der Kanton Aargau, eine schweizerische Kraftwerkgruppe, die Schweizerische Creditanstalt und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, das sich zur Übernahme der in Klingnau erzeugten Energie verpflichtete.

Bei dieser Anlage verzichtete man auf einen Oberwasserkanal. Es erwies sich als zweckmäßiger, Stauwehr und Kraftzentrale nebeneinander, 400 Meter oberhalb der Eisenbahnbrücke Koblenz-Felsenau zu erstellen. Damit war es möglich, das ausgedehnte Schachen- und Sumpfgebiet oberhalb Gippingen in einen Stausee einzubeziehen. Das Tal ist nun freilich um eine für die Pflanzen- und Tierwelt

¹⁰ Einige Angaben stammen von Hrn. Ing. Matter, NOK Baden. — Vgl. Wyßling, Die Entwicklung der schweizerischen Elektrizitätswerke und ihrer Bestandteile in den ersten 50 Jahren. Zürich 1946 S. 57, 192.



Plan des Kraftwerkes Klingnau 1 : 60 000.

interessante Partie ärmer geworden. Doch besteht die Aussicht, daß die feichten Teile des Stautees im ehemaligen Sumpflande durch Überschwemmungen bei Hochwasser und durch Absetzung von Schlamm rasch verlanden und zum Ansatz von Schilf und Weidepflanzen die Möglichkeit bieten. Dazu haben die „Alarewerke“ in jüngster Zeit eine sorgfame Bepflanzung der Ufer mit Gebüsch und Baumgruppen beschlossen. Der Stautee wird sich damit einmal ordentlich in die Landschaft einfügen. Schon heute bildet er im Winter ein

viel beachtetes Reservat für unzählige Wasservögel, die vom Norden kommen.

Die Fundation der Schleusen und vor allem des Maschinenhauses verursachte beträchtliche Schwierigkeiten, da der felsgrund undicht war und in die ursprünglich geplanten offenen Baugruben riesige Wassermengen durchließ. Darum entschloß man sich zur pneumatischen Fundation, die in mächtigen Caissons durchgeführt wurde.

Das 1935 vollendete Werk, dessen Baukosten auf mehr als 40 Millionen Franken sich beliefen, erzeugt eine Leistung von 58 000 PS. Der Stadt Klingnau hat es nicht nur vermehrte Arbeits- und Verdienstgelegenheit, sondern auch einen bedeutenden Zuwachs der Steuereinnahmen gebracht. Die elektrische Energie gelangte seit der Eröffnung des Betriebs bis heute im Export und im Inlandverbrauch zur vollen Ausnutzung. Auch die Zukunft wird hierin bei dem sehr gesteigerten Bedarf an Strom kaum eine Änderung bringen.¹¹

Der Stausee machte auf der rechten Uferseite die Anlage eines Binnenkanals notwendig, da die Wasser von den Bergabhängen anders nicht abgeleitet werden konnten und zum Teil schon vor dem Kraftwerkbau in einem Morast unterhalb Klingnau stecken geblieben waren. Die Baukosten der ganzen Kanalstrecke betrugen Fr. 680 000. Daran zahlten Bund und Kanton Fr. 371 500, die beiden Gemeinden Klingnau und Döttingen zusammen Fr. 111 500 und den Rest mit Fr. 197 000 die Kraftwerke Klingnau und Albruck-Dogern, durch dessen Rückstau der Abfluß der Klingnauer Bergwasser etwas beeinträchtigt wurde.¹²

Rückblick.

Die wirtschaftliche Entwicklung Klingnaus und der Nachbargemeinden während der letzten hundert Jahre findet einen deutlichen Niederschlag in der Statistik der Wohnbevölkerung. Vorerst läßt sich nach 1850 ein Rückgang erkennen, der durch die Abwanderung in die größeren Städte und Industriezentren bedingt war. 1888 wird der

¹¹ Vgl. J. Österwalder, Das Klarekraftwerk Klingnau. Narau 1937. — W. Wyhling, Art. Elektrische Energie. Histor.-biograph. Lexikon der Schweiz, III, 21 f.

¹² Jul. Österwalder, Das Klarekraftwerk Klingnau, S. 27 f. — Die beiden Gemeinden Klingnau und Döttingen hatten vor Ausführung des Kanals gegen die ihnen zugeteilten Quoten beim Grossen Rat Einsprache erhoben, wurden aber abgewiesen. Der Kostenbetrag war damals auf Fr. 850 000.— angesetzt worden. Vgl. Verhandlungen des Grossen Rates 1933/37, Art. 78, 248, 375.

Tieffstand erreicht. Nachher begann die Industrie sich auch aufs Land hinaus zu verlagern. Dazu gestattete das Eisenbahnnetz der Arbeiterschaft, in abseits gelegenen Dörfern zu bleiben und im Pendelverkehr sich an die Arbeitsplätze in den Fabriken zu begeben. So hat das Badener Industriezentrum aus dem untern Aaretal einen starken Zustrom von Arbeitern erfahren, die nicht zum Wohnsitzwechsel genötigt waren.

Anderseits hängt der rasche Aufstieg der Wohnbevölkerung in der jüngsten Zeit doch in erster Linie mit der Festsetzung der Industrie in den Aaregemeinden selber zusammen. Er beträgt in Klingnau, Döttingen und Koblenz innert 50 Jahren fast genau 50 %, in Böttstein sogar 73 %. Die nachstehende Tabelle mag dies veranschaulichen.

A. Wohnbevölkerung von 1837 bis 1941.¹³

	Klingnau	Döttingen	Koblenz	Böttstein	Leuggern	Leibstadt	Bezirk Zurzach
1837	1142	1029	643	565	1030	830	14 090
1850	1500	1098	709	629	1193	911	15 963
1860	1208	979	641	617	1203	922	14 565
1870	1221	986	513	561	1145	866	13 895
1880	1137	1012	528	565	1050	802	13 341
1888	1089	912	502	536	1049	874	12 785
1900	1134	974	554	760	1013	838	12 876
1910	1153	1065	580	544	1084	773	13 050
1920	1287	1141	606	680	1185	777	14 295
1930	1352	1271	614	820	1211	909	14 702
1941	1573	1423	748	929	1259	766	15 550

B. Gliederung der Berufstätigen nach der Statistik von 1941.¹⁴

	Kling- nau	Döt- tingen	Koblenz	Bött- stein	Leuggern	Leibstadt	Bezirk Zurzach
a. Berufstätige total	673	595	331	383	502	349	6 724
b. In Landwirtschaft	80	105	51	121	232	141	2 050
in Prozenten:	11,9	17,6	15,4	31,5	46,2	40,4	30,6
c. In Industrie und Handwerk	438	371	174	216	170	155	3 236
d. In Handel, Gast- gewerbe u. Verkehr	58	58	44	16	37	25	573
c + d zusammen	496	429	218	232	207	180	3 709
in Prozenten:	73,7	72,1	65,8	60,5	41,2	51,5	52,8

¹³ Eidgenössische Volkszählung 1. Dezember 1941. Bd. 3 Kt. Aargau, S. 37. — Vgl. H. J. Welti, Die Bevölkerung des Bezirks Zurzach seit 100 Jahren. Erb und Eigen 1942 Nr. 1. — Um 1900 schnellt die Zahl der Wohnbevölkerung von Bött-

Die Industrialisierung der hier einbezogenen Ortschaften ist somit schon weit fortgeschritten. Der bäuerliche Charakter der Dörfer wird immer mehr zurückgedrängt. Um die Bahnstation Döttingen-Klingnau sind nicht nur Fabriken, sondern auch ein gartenstadtähnliches Wohnquartier entstanden. Die beiden Gemeinden haben nur noch ihre politische Sonderexistenz und sind zu einem einheitlichen Siedlungs- und Wirtschaftsraum zusammengewachsen. Die Wandlung zeigt sich besonders bei einem Vergleich mit der Michaeliskarte von ca. 1840. Dort leere, unbesiedelte Räume, die heute ganz überbaut sind. Die Wohnquartiere haben über den Fluss hinüber gegriffen, nachdem 1891 anstelle der Fähre, unmittelbar westlich der Bahnstation, eine eiserne Brücke mit Zufahrtstraßen errichtet worden war.¹⁵ Gerade Kleindöttingen ist in den letzten 20 Jahren um ein Vielfaches größer geworden. Daraus erklärt sich die große Bevölkerungszunahme der Gemeinde Böttstein, zu der jenes politisch gehört. Der ganze Siedlungsraum des unteren Aaretals, unter Ausschluß der geographisch nicht dazu gehörenden Gemeinde Leibstadt, zählt heute gegen 6000 Einwohner, was einer Zunahme von über 60 % seit 1888 entspricht. Dazu ist dieser Raum wirtschaftlich bedeutend selbständiger als früher geworden. Vor allem hörte mit dem ersten Weltkrieg die Bindung an Waldshut, dessen Märkte einst von allem Volke so eifrig besucht worden waren, vollständig auf. Die ortsanässigen Geschäfte sind heute weitgehend in der Lage, den Bedarf an den mannigfachen Gebrauchsgegenständen wie an Lebensmitteln zu decken.

Klingnau hat am wirtschaftlichen Aufschwung führend Anteil genommen und damit seiner 700jährigen Vergangenheit Sinn und Bewährung verliehen. Die Geschichte dieser Kleinstadt ist wie bei jedem Gemeinwesen durch vielfältigen Wechsel von Aufstieg und Niedergang bestimmt. Große Geschehnisse und Taten hat sie nicht ausgelöst. Und doch finden sich auch in ihrer Vergangenheit manche

stein um 40 % empor und sinkt nachher wieder fast auf den Stand von 1888. Der Zuwachs um 224 Personen geht auf die bei Eien in Baracken untergebrachten italienischen Arbeiter für den Bau des Kraftwerkes Beznau zurück. Etwas Ähnliches ist bei Leibstadt im Jahr 1930 während des Kraftwerkbaus von Albbruck-Dogern zu erkennen.

¹⁴ Eidg. Volkszählung 1941. Bd. Aargau S. 65.

¹⁵ Vgl. Aarg. Gesetzesammlung Nr. 3, 303 ff. Dekret des Grossen Rates vom 23. IX. 1891.

Lichtpunkte. Schon ihre Gründungszeit ist von einem Kreis bedeuternder Gestalten und vom Nimbus des Minnesangs erfüllt. Dann hat der Bischof von Konstanz ihr als seiner Residenz bisweilen Inhalt und Gepräge gegeben. In neuester Zeit hat die Stadt sich um die Pflege des Schönen und den Ausbau ihrer Schulen bemüht und den Anschluß an das wirtschaftliche Leben gefunden. Die Voraussetzungen für eine gedeihliche Weiterentwicklung sind damit gegeben.